blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN
64.(79.) JAHRGANG
NOVEMBER 2011

SOZIALPÄDAGOGIK
Überlastung

TITEL
Jugendliche mit Hintergrund

BEILAGE
Wandkalender 2012

INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion | 3-5

TITEL

Über die Misere von Jugendlichen mit Migrationshintergrund *Boris Diederichs* 6
Keine doppelte Halbsprachigkeit 9
Vorbild in Sachen Gottes *Götz Nordbruch* 11

SCHULE

Schulfrieden – es wird Zeit! *Hartmut Schurig* 13
Schließt diese Schulen *Hans-Jürgen Heusel* 14

RECHT & TARIF

Kurzmeldungen 16

GEWERKSCHAFT

Weiblich, aktiv sucht ... *Lenka Kesting* 18
Alte Stärken mit langem Atem 19
Altlinke Sprüche *blz-Redaktion* 20
Voraufführung: The Help *Kultur-AG* 21

SOZIALPÄDAGOGIK

Überlastung als Arbeitsprinzip *Barbara Berry* 22
Knallhart und sensibel *Jürgen Kura* 24

GLOSSE

Immer noch Anlaufprobleme ... *Gabriele Frydrych* 25

TENDENZEN

Wer bitte ist hier bildungsfern? *Erich Ribolits* 26
Wenn der Jugendoffizier kommt *Harald Will* 28
Wer bestimmt, wer ich bin? *Jan Krebs* 30

SERVICE

Theater und Schule | Fortbildung | Materialien 31

18 GEWERKSCHAFT Wie geht es weiter mit den Aktionen für eine bessere Schule? Lenka Kesting ärgert sich über die geringe Beteiligung bei der Bildungsdemonstration am 10. September. Unsere Chronik der Aktion »Alte Stärken« zeigt deren Entwicklung bis zum abgesagten Streiktag.

22 SOZIALPÄDAGOGIK Immer neue Aufgaben mit immer weniger Personal – so sieht die Arbeitssituation in den Sozialpädagogischen Diensten aus. Ein hoher Krankenstand und zunehmende Fluktuation sind die Folgen. Barbara Berry fordert bessere Arbeitsbedingungen.

26 TENDENZEN Was heißt eigentlich bildungsfern?, fragt sich der Bildungswissenschaftler Erich Ribolits. Eine kritische Sicht auf einen Begriff, der verstärkt Eingang in die bildungspolitische Diskussion gefunden hat.

TITEL: VEIT METTE, UNTEN: IMAGO/BLICKWINKEL, MITTE: IMAGO/STEINACH, FOTO OBEN: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

IMPRESSUM

Die blz ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Sigrid Baumgardt (verantwortlich), Klaus Will (Koordinierung, Foto- und Schlussredaktion), Richardo Zeh, Andreas Kraft, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 11 vom 1. Januar 2009
Satz, Layout und Konzept:
bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin
ISSN 0944-3207 11/2011: 22.500

LEUTE

Waldemar Klemm ist 75 geworden. Als sozialpädagogisches Urgestein in der GEW hat er mit dazu beigetragen, dass dort auch die Belange der SozialpädagogInnen berücksichtigt wurden – gerade in den Anfangsjahren, als diese Gruppe in der GEW noch sehr klein war. Sowohl an seinem Arbeitsplatz in der Senatsjugendverwaltung als auch als Personalrat und GEW-Aktivist war er vor allem Basisarbeiter: immer präsent, immer aktiv und engagiert.

Bruno Osuch ist im Frühjahr 2011 in das Bundespräsidium des Humanistischen Verbands Deutschland (HVD) gewechselt und hat sich nach 22-jähriger Tätigkeit im Berliner Landesvorstand des HVD nicht mehr erneut zur Wahl gestellt. Als sein Nachfolger wurde der Politikwissenschaftler Norbert Kunz (40) gewählt. Kunz leitet hauptberuflich das Büro der SPD-Bundestagsabgeordneten Andrea Wicklein.

Udo Lindenberg hatte eingeladen und 1.800 SchülerInnen aus Berlin und Brandenburg konnten kostenlos in einer Sondervorstellung das Musical »Hinterm Horizont« sehen und hören, wenige Tage später gab es auch noch eine Sonderaufführung für Lehrkräfte. Anlass dafür war die Veröffentlichung einer Broschüre, in der die deutsch-deutsche Geschichte 50 Jahre nach dem Bau der Mauer für den Schulunterricht aufbereitet wurde. »Hinterm Horizont. Diese Geschichte macht Schule« ist in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (Lisum) entstanden und kann online unter www.musicals.de/schulklassen heruntergeladen werden.

Erich Thies, Generalsekretär a.D. der Kultusministerkonferenz, über die Lehrerbildung an den Universitäten: »Das eigentlich Schlimme ist doch, dass man die Lehramtsstudierenden den fachwissenschaftlichen Interessen von Professoren ausgeliefert hat.(..) Die Universitäten scheren sich in der Regel nicht darum, welche Mathematik ein angehender Lehrer braucht. Dabei verdanken sehr viele Professoren ihre Stellen der Tatsache, dass so viele Studierende für das Lehramt studieren. Doch für die Universitäten wie für die Politik ist der Exzellenzwettbewerb eben wichtiger«, erklärte er gegenüber dem *Tagesspiegel*.

FOTOS: PRIVAT

Individualität statt Kanon

Piratige Bildungspolitik in der vernetzten Gesellschaft

von Andreas Pittrich & Lena Rohrbach, Piratenpartei

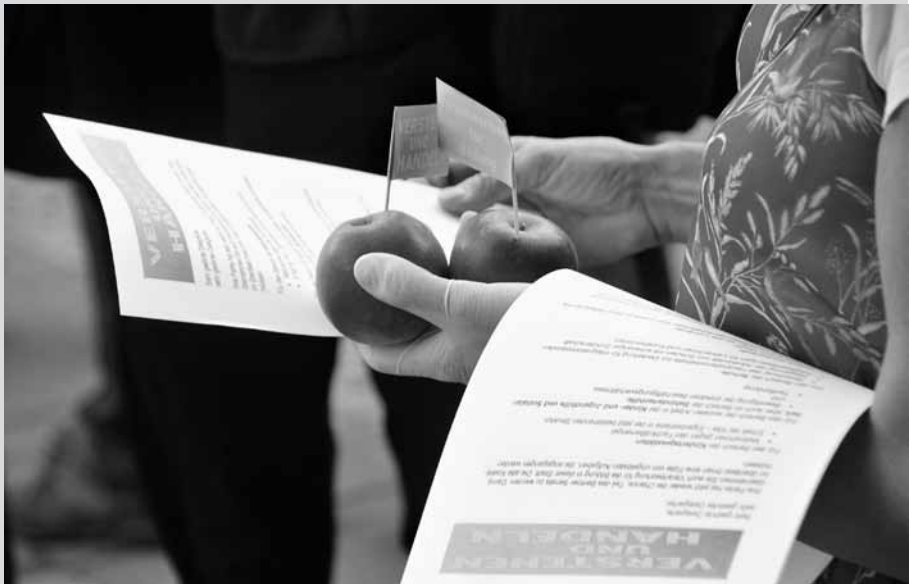
Wenn Schulen die Aufgabe haben, auf die Gesellschaft vorzubereiten, dann darf Bildungspolitik sich einer Reflexion der Gesellschaft, für die sie (aus) bilden möchte, nicht entziehen. In der globalisierten, vernetzten Informationsgesellschaft vermehren sich die zugänglichen Informationen in großem Tempo. Eine einzige Sonntagsausgabe der *New York Times* enthält angeblich mehr Nachrichten, als ein Mensch im 17. Jahrhundert in seinem gesamten Leben erhielt. Die Flut aus Printmedien, Fernsehen, Twitter oder Blogs will gewichtet und eingeordnet werden. Neue Formen der Informationsverarbeitung, der Kommunikation und der Kollaboration entwickeln sich. In einer Gesellschaft, in der bereits Grundschüler täglich einer Flut von Informationen ausgesetzt sind, verliert kanonisches Wissen an Bedeutung. Menschen bilden sich inzwischen dezentral und asynchron. Ein zukunftsfähiges Bildungssystem muss sich diesen Herausforderungen stellen und die damit einhergehenden Chancen erkennen und nutzen.

Damit allein ist es aber nicht getan. Vielmehr gehört ebenso angepasst, wie die Vermittlung von Bildung in einem Bildungssystem organisiert ist. Informationen werden heute zunehmend nicht mehr von oben herab und zentral verteilt, sondern dezentral von unten nach oben. In gleicher Weise lohnt es sich, über das aktuelle Bildungssystem nachzudenken und die Organisationsformen auf den Kopf zu stellen. Schulen müssen autonomer sein und auf eine feste Basis demokratischer Mitbestimmung gestellt werden.

Die Piratenpartei nimmt in ihrer Bildungspolitik die Perspektive der Schülerinnen und Schüler ein. Wir betrachten sie nicht als potentielle Arbeitskräfte, die eine gerade bestehende Lücke in der Wirtschaft füllen sollen, nicht als Objekte von Erziehung und auch nicht als Konkurrenten in einem Wettbewerb: Schüler sind die Subjekte ihres eigenen Bildungsprozesses. Deshalb setzen wir auf selbstbestimmtes Lernen. Schülerinnen und Schüler öffentlicher Schulen sollen ihre Lernlaufbahn flexibel und individuell planen und absolvieren können. Dafür müssen Schulen den unterschiedlichen Interessen und Lerngeschwindigkeiten Rechnung tragen: »Im Gleichschritt Marsch« ist für uns kein überzeugendes pädagogisches Konzept. Durch individuelles Lernen und intensive, bedarfsorientierte Unterstützung sollen Schulen gerechter werden. Soziale Herkunft darf nicht über den Bildungserfolg entscheiden.

Auf Selbstbestimmung setzten wir auch bei der Wahl der Bildungsform. Damit eine Auswahl möglich ist, braucht es Vielfalt: Auch im öffentlichen Schulwesen soll Raum für alternative Schulkonzepte wie demokratische, reformpädagogische, mehrsprachige oder internationale Schulen sein. Wir begrüßen die Entwicklung hin zu Gemeinschaftsschulen. Freie Schulen wollen wir gleichberechtigt finanzieren – Schulgebühren lehnen wir in jedem Fall ab. Schulen sollen den Lernenden zu Erfolgserlebnissen und nicht zur Erfahrung des Scheiterns verhelfen. Bewertungen sollten sie als Individuen würdigen und ihre Leistungen als Bestandteil und Ergebnis eines Entwicklungsprozesses unter verschiedenen Aspekten in den Blick nehmen. Sie sollen den Lernenden vorrangig als Rückmeldung über ihre Bildungsfortschritte dienen und nicht der interpersonellen Vergleichbarkeit.

Konkreter wird's im Wahlprogramm: http://berlin.piratenpartei.de/2011/08/06/wahlprogramm-2011-bildung



Vor Beginn des Landesparteitages der Grünen am 30. September über die Verhandlungen mit der SPD verteilte die GEW BERLIN an die Delegierten vitaminreiche grün-rote Äpfel aus der Region. In Hinblick auf das Wahlkampfmotto der Grünen »Verstehen und Handeln« machte die GEW auf die vielfältigen Themen, die sie im Bildungsbereich für bedeutsam hält, aufmerksam. Zwar ist Rot-Grün gescheitert, aber die Grünen können ja auch in der Opposition unsere Anliegen aufgreifen.

FOTO: GABY SENFT/TRANSIT!

Volksbegehren Grundschule: Frist läuft ab

Die Unterschriftensammlung für das Volksbegehren Grundschule erreicht wahrscheinlich bis zum Schlusstermin am 10. November nicht ihr Ziel. 173.000 Unterschriften sind nötig, um über die Forderungen der Initiative in einem Volksentscheid abstimmen zu können. Mit dem Volksbegehren werden mehr Personal, bessere Fortbildung, mehr Hortplätze und eine Mittagessen für alle Kinder gefordert.

Landessieger im Geschichtswettbewerb ausgezeichnet

Im September wurden die Berliner Landessieger des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten ausgezeichnet. Das diesjährige Thema des Wettbewerbs lautete »Ärgernis, Aufsehen, Empörung: Skandale in der Geschichte« und motivierte 83 SchülerInnen mit 24 Beiträgen daran teilzunehmen. Vier Landessieger wurden mit je 250 Euro prämiert und sechs Arbeiten mit einem Förderpreis zu je 100 Euro ausgezeichnet. Erstmals wurde auch ein Preis an die landesbeste Schule, der mit 1.000 Euro dotiert ist, verliehen. Er ging an die Walther-Rathenau-Oberschule im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf. Der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten findet alle zwei Jahre bundesweit statt und wird von der Körber-Stiftung in Hamburg ausgerichtet. In Berlin führten Kinder und Jugendliche Gespräche mit Experten und Zeitzeugen, gingen ins Landesarchiv, um historische Zeitungen und Quellen auszuwerten und entzifferten dafür die Sütterlin- und Fraktur-Schrift. Ihre Arbeiten beschäftigten sich unter anderem mit Themen wie »Der Skandal über die Berliner Nordbahn 1873«, »Stella Kübler – eine Jüdin verrät Juden« und »Von der Tinte zum Skandal – Der Weg zur Gotteslästerung«.

Kindheitspädagogin als neue Berufsbezeichnung

Die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) hat am 26./27. Mai 2011 den Beschluss gefasst, für AbsolventInnen von Bachelorstudiengängen im Bereich der Kindertagesbetreuung die Berufsbezeichnung »staatlich anerkannte Kindheitspädagogin/staatlich anerkannter Kindheitspädagoge« einzuführen. Das Verfahren zur »staatlichen Anerkennung« (Anerkennungsjahr, Kolloquium) soll organisatorisch mit der Akkreditierung der Studiengänge verbunden werden. Aus Sicht der GEW ist die Entscheidung der Jugend- und Familienministerkonferenz für die neue Bezeichnung Kindheitspädagogin/pädagoge eine wichtige berufspolitische Weichenstellung. Die fachpolitische Initiative zur Akademisierung der ErzieherInnenausbildung hat in den letzten Jahren zur Neugründung von rund 70 Studiengängen mit unterschiedlichen Profilen geführt. Da es kein koordiniertes Vorgehen auf Hochschulseite gab, war es wichtig, mit einer einheitlichen Berufsbezeichnung ein Signal für die systematische Weiterentwicklung der Studienangebote zu setzen.

Aufruf zum Bildungsstreik für Solidarität und freie Bildung

Das Bündnis Bildungsstreik ruft auf zu bundesweiten Protestaktionen am 17. November 2011. Das Bündnis tritt unter anderem ein für die Abschaffung aller Bildungsgebühren, für die Rücknahme der Zulassungsbeschränkungen bei Bachelor- und Masterstudiengängen sowie für die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems, Abschaffung des Turbo-Abiturs, aber auch für kostenlose Mahlzeiten an allen Schulen, Kitas und Hochschulen. Der letzte große Bildungsstreik liegt drei Jahre zurück und richtete sich gegen die rigiden Vorgaben des Bachelorstudiums.

Mete-Ekşi-Preisverleihung

Der Mete-Ekşi-Preis wird zum 20. Mal verliehen. Am 19. November 2011 findet im Rathaus Charlottenburg (Festsaal), Otto-Suhr-Allee 100 um 13.30 Uhr die feierliche Übergabe des mit 3.000 Euro dotierten Preises statt.

Gebühren mindern Studierneigung nicht

Laut einer neuen Studie des Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) führen Studiengebühren nicht dazu, dass weniger studiert wird. Anders als eine Studie des Hochschulinformationszentrums (HIS) aus dem Jahre 2008, die eine abschreckende Wirkung der Studiengebühren festgestellt hat, kommen die WZB-Forscher Marcel Helbig und Tina Baier zu folgendem Ergebnis: »Die Ergebnisse dieser Analysen zeigen, dass Studienberechtigte in Bundesländern mit Studiengebühren höhere Ertragserwartungen mit einem Studium verbinden und daher die Studierneigung – trotz der höheren Kosten – nicht geringer ist als in gebührenfreien Ländern. Der positive

Effekt der Studiengebühren auf die Ertragsaussichten ist dabei besonders bei Studienberechtigten aus nichtakademischen Haushalten festzustellen – also für jene Gruppe, bei der ein deutlich negativer Effekt der Studiengebühren auf die Studierneigung und damit ein Rückgang der Studienaufnahme vermutet wurde.« Die Studie wird unter www.wzb.eu/de/publikationen/wzbrief-bildung vorgestellt.

Vor 100 Jahren eingeführt:
Der 45-Minuten-Takt

Am 2.Oktober 1911 wurde vom damaligen Staatsminister August von Trott zu Solz per Erlass angeordnet: »Ich bestimme, dass an allen höheren Lehranstalten die Dauer der Unterrichtsstunde allgemein auf 45 Minuten festgesetzt ist.« Grund für die Verkürzung der Unterrichtsstunde war ein zu langer Schultag, außerdem galt der Nachmittagsunterricht als ungünstig für die Aufnahmefähigkeit der SchülerInnen. Um in der Halbtagsschule weiterhin alle Fächer unterrichten zu können, wurde die Schulstunde um 15 Minuten gekürzt und bis 1920 an allen Schulen eingeführt. Diese kurze Schulstunde ist bis heute eine deutsche Besonderheit, in Österreich dauert der Unterricht 50 Minuten, in Frankreich 55 und in England und den USA 60 Minuten.

Berliner Schulbibliothek
des Jahres ausgezeichnet

Den von der Arbeitsgemeinschaft Schulbibliotheken erstmals ausgeschriebene und mit 1.000 Euro dotierte Wettbewerb »Schulbibliothek des Jahres« hat die Kreuzberger Lenau-Schule gewonnen. Der Wettbewerb richtete sich an alle Schulbibliotheken, die auf dem Weg zum Kultur- und Medienzentrum der Schule sind und wurde für Berlin und Brandenburg gesondert ausgeschrieben. In Berlin haben sich 30 Schulbibliotheken um den Titel beworben. Als Sonderpreise des Verlages Brockhaus/wissenmedia wurden zwei Bücherkisten im Wert von je 250 Euro vergeben. Der eine Buchpreis ging an das Immanuel-Kant-Gymnasium Lichtenberg, in dem die von Schülern verwaltete Schulbibliothek inzwischen ein kulturelles Zentrum der Schule ist. Den zweiten Sonderpreis erhielt der Lesekeller der Glaßbrenner-Grundschule für seine besonderen Aktionen zur Leseförderung Kreuzberger Kinder.

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Neue Schulstruktur, neue Zeugnis-Formulare – kein Problem, wenn Sie mit dem GEW-Zeugnisprogramm arbeiten. Dort finden Sie alle aktuellen Formulare: Förderprognose für den Übergang am Ende der Grundschule, Formulare für die Integrierte Sekundarschule oder veränderte MSA-Zeugnisse.

Das Programm nimmt Ihnen nicht nur die lästige Schreibarbeit ab, sondern bietet Ihnen viele andere Hilfen für die tägliche Arbeit: Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen, eine Fehlzeitenverwaltung. Und nicht zuletzt: Die Programminhalte werden ständig aktualisiert. Praktisch, gut und immer aktuell: Wer bietet mehr?

Wer es nicht glaubt, kann's ausprobieren: Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen und ausgiebig testen. Sie werden feststellen, dass es nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt gibt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.htm.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Integrierte Sekundarschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30.-	40,-
Gesamtschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Hauptschule	20,-	30,-
Realschule	20,-	30,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen, Informationen dazu unter www.gew-berlin.de/4681.htm.

Bestellschein: siehe Seite 29

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Leserbriefe zu Standpunkt
W. Harnischfeger, *Oktober-blz*

Dank der Leserbriefe der Kollegen fühle ich mich weniger einsam. Die GEW hat selten eine Gelegenheit ausgelassen, Verständnis für ausgebildete Referendare zu entwickeln, die Berlin Richtung Verbeamtung verlassen. Hintergrund: Sie ist an einer Verwaltung beteiligt, die die politische Vorgabe, in Berlin nicht zu verbeamten, unterläuft. Lass dich woanders verbeamten, irgendwer holt dich zurück. Wer sich also durchsetzt, um eine der in Berlin raren Stellen zu bekommen, kann ein Eigenheim weniger abzahlen als die gut Beratenen. Die Personalräte und die Gewerkschaft finden nichts dabei. Aber vielleicht demnächst? Viele Funktionsstellen sind zu besetzen, da die Pensionswelle sich aufbaut. Als Fachleiter bekämen Angestellte dann immer noch weniger Reallohn raus als Beamte, die einfach nur unterrichten. Motivierend! *Thomas Schimitzek*

ÜBRIGENS

Der Papst ist in der Stadt und wir müssen hungern – was? Ja, denn Rico, der diesmal fürs Essen in der Schlussredaktion sorgen wollte, kam nicht bis zu uns durch. Sicherheitsstufe 1 für den Papst. Na gut – wir haben es überstanden, denn durch den sportlichem Einsatz von Ralf gab es noch Pizzavariationen, mmh.

Die Wahlen sind gelaufen – was das im Ergebnis genau heißt, ist noch offen. Denn der frohe Mut, den wir am 22. September noch hatten, ist nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen von SPD und Grünen mindestens gedämpft.

Und die Piraten sind neu im Abgeordnetenhaus. Da geben wir ihnen doch gleich mal Raum sich zum Thema Bildung zu äußern. Einen Kontrapunkt haben wir schon erkannt. Die Piraten wollen die Privatschulen stützen. Ansonsten gibt es aber auch Konsenspunkte im Programm – dazu der Standpunkt. *Sigrid*

Redaktionsschluss blz 1/2012: 28. November 2011
Redaktionsschluss blz 2/2012: 6. Januar 2012

FOTO: IMAGO/SEPP SPIEGL

Stigmatisierung und Diskriminierung

Über die Misere von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

von Boris Diederichs, Politologe und Diversity-Trainer

FOTO: PRIVAT

Borris Diederichs

Seit der Forderung des Soziologen Ralf Dahrendorfs nach einer »Migrantenquote« ist die Debatte um Zugangsquotierungen für Menschen mit Migrationshintergrund oder aus sozial schwachen Schichten im deutschen Bildungssystem wieder aufgeflammt. Alle Jahre wieder gibt es Forderungen und Stimmen, die Strategien der teilweise in den USA üblichen »affirmative action«, fordern:

Insbesondere wenn in Bezug auf Bildungschancen und beruflichen Perspektiven die gravierenden Unterschiede zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund durch Studien (zum Beispiel durch PISA, TIMSS, IGLU) aufgezeigt werden, kumuliert die Debatte und drängt nach der Frage: Können durch Quoten bei der Vergabe von Arbeitsplätzen und Stipendien, an Universitäten, Oberschulen oder sogar Grundschulen historisch gewachsene und institutionalisierte Diskriminierungsprozesse aufgebrochen werden und dadurch neue Kanäle zur gesellschaftlichen Partizipation für strukturell benachteiligte Gruppen geöffnet werden?

Bei den Diskussionen über die Misere der Jugendlichen mit Migrationshintergrund und den angedachten Lösungsansätzen wird der Fokus oft auf

Gesetze gerichtet, und bei der Ursachenanalyse der Blick auf die alltäglichen Diskriminierungen und Stigmatisierungen vernachlässigt. Dabei sollte der Frage nachgegangen werden, inwiefern eigentlich die schulische Lebenswirklichkeit mit den schlechten Resultaten der Studien korreliert? Die Interaktion von öffentlichen Zuschreibungen von »gewalttätigen Ausländern« mit Hilfe der Instrumentalisierung von medialen Bildern und Videos (wie zum Beispiel von »Serkan, den U-Bahnschläger«) und den Erlebnissen im Umgang mit PädagogInnen und anderen Jugendlichen im schulischen Kontext produziert Demotivation, Frustration und Ablehnung. Doch zunächst zu der Quoten-Frage.

Quoten als Heilmittel?

Seit Bestehen der ersten Universitätsquoten für Schwarze und andere Minderheiten in den USA gibt es kontroverse Debatten über deren Effektivität im Kampf gegen Diskriminierung. Dennoch lassen sich in den politischen, wirtschaftlichen und medialen Eliten der USA prozentual zum Bevölkerungsanteil viel mehr Schwarze oder Hispanics finden als in Deutschland Menschen mit Migrationshintergrund. Obwohl der mögliche demokratische Präsidentschaftskandidat Barack Obama während seines Studium nicht von einer Quote profitiert hat, war es dennoch realistisch, dass zum ersten Mal ein Schwarzer zum mächtigsten Mann der Welt aufsteigt.

Inspiriert durch das amerikanische Beispiel können sich nun auch PolitikerInnen wie Cem Özdemir Quoten im deutschen Bildungssystem vorstellen: »Ich bin kein Freund von Quoten, aber sie können sinnvoll sein; das sieht man etwa an der Frauenquote bei den Grünen. Die Zugangszahlen an den Universitäten sind so niedrig, dass es nicht allein an den Nachteilen im Elternhaus liegen kann. Offensichtlich gibt es daneben gesellschaftliche Strukturen, die Migranten benachteiligen. Diese Strukturen muss der Staat durchbrechen. Für eine Übergangszeit wären wir also gut beraten, dem amerikanischen System folgend an Universitäten eine Quote für Studierende mit Migrationshintergrund zu schaffen beziehungsweise die Aufnahme eines Studiums zu fördern. Letzteres gilt ebenso für Arbeiterkinder aus deutschen Haushalten. Özcan Mutlu, der bildungspolitische Sprecher der Grünen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, ging sogar noch einen Schritt weiter und stimmt der Idee zu, »Schulen mit niedrigem Ausländeranteil« zu verpflichten, »Plätze für nicht deutschsprachige Kinder« zu reservieren«, um Sprach- und Integrationsprobleme zu mildern.

Stigmatisierung durch Quote

Obwohl Positivmaßnahmen, wie zum Beispiel Quotierungen durch das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG) im § 5 seit August 2006 gesetzlich legitimiert sind und Argumente für Quoten für Menschen mit Migrationshintergrund nicht von der Hand zu weisen sind, gibt es selbst in den USA viele schwarze Stimmen, die sich mit Vehemenz gegen diese Art von Antidiskriminierungsstrategien wehren. Der Wissenschaftler Shelby Steel beschreibt die »affirmative action« sogar als »größtes Übel nach der Sklaverei«, da durch den Universitätszugang mit Hilfe einer Quote schwarze StudentInnen als weniger leistungsfähig und kompetent stigmatisiert werden. Rassistische Vorurteile würden neue Dimensionen annehmen und zu weiteren Diskriminierungen auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen führen. Ein zusätzlicher Kritikpunkt, der auch für Deutschland von zentraler Bedeutung ist, entsteht aus der Frage des Zusammenhangs von Bildung und sozialem Status.

In vielen Zusammenhängen wurde erarbeitet, dass das deutsche Bildungssystem gerade für Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien undurchlässig ist und der überwiegende Teil nicht studiert oder gut bezahlten Berufen nachgeht. Demnach wird gefordert, dass Quoten auch für sozial benachteiligte Menschen eingeführt werden sollten. Aufgrund der Tatsache, dass besonders in Deutschland die große Mehrheit der Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus sozial schwachen Familien kommen und in von Medien titulierten »Problemkiezen« wohnen, wird die Mehrfachdiskriminierung durch die Ergebnisse der Studien deutlich.

Deshalb sollte in der Thematik von Migration und Bildung (wie in der Argumentation von Ralf Dahrendorf) immer diese doppelte Stigmatisierung mit berücksichtig werden, um nicht einer Ethnisierung sozialer Probleme Vorschub zu leisten. Zudem gibt es beispielsweise in Berlin verwaltungstechnische Hürden, da Kinder auf Basis bezirklicher Zuordnung in bestimmte Grundschulen gehen müssen, und es keine rechtlichen Grundlagen für einen Pflichtanteil für Kinder mit Migrationshintergrund gibt. Vielmehr versuchen sowohl Schulen als auch Eltern aus Angst vor defizitärer Lernatmosphäre einen möglichst geringen Anteil von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache durchzusetzen.

Voraussetzung für eine ernstzunehmende Beteiligung an einer Debatte über »affirmative action« in Deutschland ist eine Definition bzw. Eingrenzung der Zielgruppe. Wer ist eigentlich Migrantin und Migrant oder hat einen Migrationshintergrund in Deutschland? Nach wie vielen Generationen kann nicht mehr von einem Migrationshintergrund gesprochen werden?

Sowohl die Bevölkerungsstruktur und die Migrationsgeschichte als auch die Selbst- und Fremdwahrnehmung von nationalen Identitäten weisen riesige Unterschiede zwischen den USA und Deutschland auf, wobei die Definition von benachteiligten Minderheiten besonders in der Deutschland problematisch wird. Deutschland hat keinen schwarzen Bevölkerungsanteil von 12,8 Prozent, der vorher in Sklaverei gelebt und vermeintlich

»Affirmative Action« *oder auch »positive Diskriminierung« bezeichnet laut Wikipedia institutionalisierte Maßnahmen, die soziale Diskriminierung im Sinne einer Benachteiligung von Gruppen durch Vorteile für diese Gruppe verhindern oder vermindern sollen. Maßnahmen der Affirmative Action wurden im Zuge der Bürgerrechtsbewegung zunächst in den USA entwickelt.*

eindeutig definiert ist. Einige Quellen (zum Beispiel *Die Zeit*) sprechen von 15,3 Millionen Menschen in Deutschland, die aus dem Ausland kommen oder Nachkommen von Einwanderern sind.

Doch was ist mit »Nachkommen von Einwanderern« gemeint? Sind beispielsweise auch Nachkommen polnischer ArbeitsmigrantInnen aus dem 19. oder Anfang des 20. Jahrhunderts gemeint oder sollte von Migration in Deutschland erst seit Beginn der Einwanderungswellen in den 60er Jahren gesprochen werden? Allein die Debatte um Terminologie der Selbst- und Fremdzuschreibung zeigt die Problematik der Definition: Was heißt eigentlich in Deutschland AusländerIn, Zu- oder EinwandererIn, MigrantIn, Mensch mit Migrationshintergrund, nichtdeutscher Herkunft oder nichtdeutscher Muttersprache zu sein?

Migrant ist nicht gleich Migrant

Sind Kinder schwedischer oder weißer US-Amerikanischer MigrantInnen den gleichen Diskriminierungen ausgesetzt, wie Kinder vietnamesischer, palästinensischer oder kongolesischer Flüchtlinge und sollten diese auch von Quotierungen profitieren? Wie werden Kinder aus binationalen Verbindungen zugeordnet und an welchen Merkmalen (Staatsangehörigkeit, Haar- oder Hautfarbe, Religion) wird Benachteiligung überhaupt fest gemacht?

Diese umfangreiche und sensible Debatte über Terminologie, Fremd- und Selbstwahrnehmung und Diskriminierungsmerkmale kann hier nicht weiter geführt werden, dennoch wird damit die Grundproblematik von übergreifenden Quotierungen für benachteiligte Minderheiten im deutschen Bildungssystem deutlich. Die Gefahr ist zu groß, dass neue Stigmatisierungen und Stereotypisierungen durch derartige Maßnahmen konstruiert und institutionalisiert werden. Dennoch könnten gerade bei der Vergabe von Stipendien und im Zuge der interkulturellen Öffnung der Verwaltung temporäre Positivmaßnahmen partielle Erfolge im Kampf gegen strukturelle Diskriminierung erzielen.

Eindimensionale Strategien reichen nicht aus

Die strukturelle Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem hat multiple Ursachen, sodass Maßnahmen, die nur die gesetzliche Ebene tangieren, nicht ausreichen, um Diskriminierung nachhaltig entgegenzuwirken. Multidimensionale Strategien unter Einbeziehung aller relevanten Akteure mit der Prämisse, ein generelles Umdenken im Umgang mit Migration und Identität (nicht nur in Bildungseinrichtungen) zu erreichen, sollten in den Vordergrund der Diskussion rücken. Die Schule bleibt neben Familie und Peergroup die wichtigste Sozialisationsinstanz für Kinder und Jugendliche, in welcher der Lehrkörper als zentraler Akteur der Wissens- und Wertevermittlung fungiert. Aus eigenem Interesse sollte der Staat ausreichend Mittel in die Aus- und Weiterbildung des Schulpersonals investieren beziehungsweise für die Rahmenbedingungen eines erträglichen Schulalltags der PädagogInnen sorgen. Das hätte den Vorteil, nicht kostenintensive Programme auflegen zu müssen, um die Defizite im Nachhinein zu kompensieren.

Neben der Entwicklung von neuen didaktischen Methoden sollte bei der Aus- und Weiterbildung in erster Linie darauf geachtet werden, dass Wahrnehmungsmuster und daraus resultierende alltägliche Verhaltensweisen hinterfragt und neu konzipiert werden.

Männlich, Muslim, Migrant

»Schon im Grundschulalter werden Rollen zugeteilt und den Kindern mit Migrationshintergrund suggeriert, dass sie später keine Chance haben, wenn sie sich nicht besonders anstrengen.« (O-Ton eines Mitarbeiters des Jugendzentrums UFO in Neukölln). Besonders von Jungen mit türkischem oder arabischem Migrationshintergrund wird erwartet, dass sie irgendwann gewalttätig werden und ein »Machoverhalten« annehmen. Demnach stehen sie immer unter besonderer Beobachtung und werden in bestimmte Rollenmuster gedrängt, was sich nachhaltig auf ihren Identitätsprozess und späteres Verhalten auswirkt. Da insbesondere die Jungen mit Migrationshintergrund in den Studien schlecht abschneiden und durch Gewaltanwendung die Mediendebatten dominieren, Programme zur Förderung von Jungenarbeit aber kaum existieren, scheint hier extremer Nachholbedarf zu existieren.

Andere persönliche Erfahrungsbeispiele zeigen, dass bei vielen LehrerInnen keine Sensibilität für Identitätsentwürfe von Jugendlichen vorhanden ist: Wenn einem Jungen, der sich als Muslim definiert, von einem Lehrer vorgeworfen wird, »dass es absolut begrenzt sei, sich über seine Religion zu definieren« oder in der Pause eines Workshops von einer Lehrerin aus Kreuzberg geraten wird, »sich nicht mehr um die (gemeint ist ein Mädchen mit Kopftuch) zu kümmern, denn die wird eh bald zwangsverheiratet«, dann zeigt dies die tief verankerten Vorurteile großer Teile des Lehrkörpers. Daraus resultieren alltägliche Mehrfachdiskriminierungen der Jugendlichen in Korrelation der Merkmale Religion, ethnische Herkunft und Geschlecht.

Zudem bildet ein Lehrkörper, der zu 100 Prozent aus autochthonen Deutschen besteht, im Altersdurchschnitt über 50 ist und sich nicht unbedingt für Jugendkultur interessiert, wenig Identifikationsfläche für eine SchülerInnenschaft, die sich in manchen Schulen aus bis zu 100 Prozent Jugendlichen mit Migrationshintergrund konstituiert. Demotivierte, teilweise völlig überforderte und ausgebrannte LehrerInnen (O-Ton eines Lehrers in Neu-

kölln) bieten in diesen Fällen nicht den Rahmen, eine produktive Lernatmosphäre herzustellen.

Diskriminierung ist keine Einbahnstraße

Doch nicht nur die Stigmatisierungen der PädagogInnen beeinflussen den Identitätsbildungsprozess der Kinder und Jugendlichen: Diskriminierung und Identitätsentwicklung sind nicht ausschließlich eindimensional zu betrachten. Auch SchülerInnen diskriminieren täglich andere SchülerInnen, pädagogische MitarbeiterInnen und LehrerInnen. Dabei sind zwar immer die bestehenden Machtverhältnisse zu berücksichtigen, aber der übliche Sprachgebrauch von Jugendlichen ist von Ausgrenzung, Mobbing und Zuschreibungen dominiert.

Als behindert, schwul oder Jude wird jede, jeder und alles bezeichnet, die, der oder das nicht der Norm entspricht. Kümmeltürke oder Dönerfresser für »Türken«, Landlose für »Kurden«, Kartoffel für »Deutsche« sind Bezeichnungen, die von vielen Jugendlichen verschiedenster Herkünfte benutzt werden. Zuschreibungen wie »Du bist kein echter Türke, weil du Schweinefleisch isst« zeigen implementierte Verhaltenweisen bereits bei GrundschülerInnen. Natürlich ist Jugendsprache auch ein temporäres Phänomen, aber die Entwicklung kollektiver Identitätsmuster als Abgrenzung und Abwertung anderer ist auch eine Art Schutzfunktion gegen die Zuschreibungen als »Gesellschaftsverlierer« vieler LehrerInnen, PolitikerInnen und Medien. Gerade für die oben beschriebenen Identitätsprozesse und Kommunikationsmuster sollten beim Lehrkörper sowie bei ErzieherInnen und SozialpädagogInnen eine Sensibilisierung erzielt werden.

Dennoch wäre es fatal, bestimmte Defizite im Bildungssystem nur auf die Situation in den Schulen zurückzuführen. Der Fokus der Debatte über die Verbesserung der Bildungssituation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sollte dennoch eher auf die Sensibilisierung der Lehrkräfte und den täglichen Umgang mit ihrer Zielgruppe gerichtet werden, als auf die Einführung von Quoten. In der Diskussion über Lösungsansätze sollten alle Sozialisationsinstanzen berücksichtigt und alle Akteure miteinbezogen werden. Konkret könnte das für Schulen und Politik bedeuten, die Kommunikation mit Eltern, Jugendeinrichtungen, Communities, religiösen Autoritäten, freien Trägern und wissenschaftlichen Instituten zu intensivieren und von generellen Schuldzuweisungen abzusehen. ■

Nachdruck aus www.migration-boell.de

Keine doppelte Halbsprachigkeit

Eine sprachwissenschaftliche Expertise über Kinder, die mit zwei Sprachen aufwachsen

Stellungnahme des Sonderforschungsbereichs »Die sprachlichen Mittel der Gliederung von Äußerung, Satz und Text«

In der öffentlichen Diskussion, gerade auch in bildungspolitischen Kontexten, findet man in letzter Zeit häufig die Aussage, Kinder, die mit zwei Sprachen aufwüchsen, entwickelten oft eine »doppelte Halbsprachigkeit«, das heißt sie könnten keine der beiden Sprachen »richtig« sprechen. Für eine solche Annahme gibt es keine sachliche Grundlage: Die sogenannte »doppelte Halbsprachigkeit« ist ein populärer Mythos, der auf einer Fehleinschätzung von Sprache und sprachlicher Vielfalt beruht. Er gibt eher die soziale Bewertung – genauer: Abwertung – eines bestimmten Sprachgebrauchs wieder als sprachliche oder grammatische Fakten. Aus der sprachwissenschaftlichen Forschung wissen wir:

• Das Aufwachsen mit zwei oder auch mehr Sprachen stellt kein Problem für Kinder dar. Mehrsprachigkeit von Kindesbeinen an ist der Normalfall in menschlichen Gesellschaften: Die Mehrheit der Menschen ist heute mehrsprachig. Ein Aufwachsen mit nur einer Sprache ist die Ausnahme, nicht die Norm.

• Mehrsprachige Kinder verhalten sich nicht wie »doppelt einsprachige« Kinder. Sie haben ein besonderes Sprachprofil, bei dem die beiden Sprachen unterschiedliche Spezialisierungen haben können – etwa eine Sprache für den informellen und familiären Bereich, eine für den stärker formellen öffentlichen Bereich. Sie zeigen oft einen innovativeren Umgang mit Sprache, z.B. durch Sprachspiele, den Wechsel von einer Sprache in die andere, neue Fremdwörter oder grammatische Neuerungen. Die mehrsprachige Situation macht Kinder kommunikativ versierter und flexibler und kann ihnen das Lernen von Fremdsprachen erleichtern.

• Sprache tritt in vielen Varianten auf (zum Beispiel informelle Umgangssprache, Jugendsprachen,

Neue urbane Dialekte und Jugendsprachen durch Zweisprachigkeit

FOTO: IMAGO/BLICKWINKEL

Dialekte, Sprechen in formellen Kontexten, Schriftsprache). Wir alle beherrschen nicht nur eine Variante, sondern besitzen ein sprachliches Repertoire, aus dem wir je nach Situation gezielt auswählen (zum Beispiel Umgangssprache oder SMS mit Freunden, formelleres Sprechen in einer Behörde, Schriftsprache in einem förmlichen Brief). Der Sprachgebrauch unterscheidet sich auch nach sozialen Schichten, das bedeutet, dass in unterschiedlichen sozialen Schichten sich auch unterschiedliche sprachliche Varianten entwickeln können.

• Grammatische Eigenheiten von Dialekten und anderen sprachlichen Varianten werden in der öffentlichen Wahrnehmung oft als »Fehler« missverstanden. Dies ist besonders dann der Fall, wenn eine Variante typisch für Sprecher niedrigerer sozialer Schichten ist. Das Standarddeutsche (das sogenannte »Hochdeutsch«) ist aber nur eine von vielen Varianten des Deutschen. Es besitzt zwar ein besonderes soziales Prestige, ist jedoch nicht grammatisch »besser« als andere Varianten. Eine Konstruktion wie »meiner Mutter ihr Hut«, die in vielen deutschen Dialekten möglich ist, ist grammatisch gesehen eher komplexer als die Standardform »der Hut meiner Mutter«. In der Umgangssprache kann ich in Sätzen wie »Sie will so mit Paul telefonieren.« durch »so« die wichtige, neue Information im Satz kennzeichnen; etwas, das ich im Standarddeutschen nur durch Betonung verdeutlichen kann. In Kiezdeutsch eröffnen Sätze wie »Danach ich fahre zu meinem Vater.« eine zusätzliche Möglichkeit, Informationen zu verpacken, die wir im Standarddeutschen nicht haben – die Zeitangabe (»danach«), die den Rahmen für das Geschehen liefert, kann hier gemeinsam mit dem Subjekt (»ich«) am Anfang stehen. Diese grammatische Möglichkeit ist dem Deutschen nicht fremd, es gab sie schon einmal auf früheren Sprachstufen. Im Laufe der Sprachgeschichte ist sie verloren gegangen und lebt nun in Kiezdeutsch wieder auf.

• Die Kompetenz in der Standardsprache soll nach wie vor ein schulisches Ziel bleiben. Dies zwingt aber keineswegs, gegen neue urbane Dialekte und Jugendsprachen vorzugehen, die so reich und bunt sind wie andere deutsche Dialekte auch. In vielen Gegenden Deutschlands, in denen der Dialektgebrauch noch stark ausgeprägt ist, kann man mit dieser Situation gut leben. Baden-Württemberg wirbt sogar damit, dass man »alles außer Hochdeutsch kann«. Dialektgebrauch muss keineswegs in eine wirtschaftliche Benachteiligung münden.

• Die Sprache der Schule, die auf dem Standarddeutschen aufbaut, ist besonders nah am Sprachgebrauch der Mittelschicht. Kinder aus anderen sozialen Schichten, und zwar einsprachige ebenso wie mehrsprachige Kinder, schneiden daher zum Beispiel im Deutsch-Test regelmäßig schlechter ab: Sie sind mit dem Standarddeutschen der Mittelschicht weniger vertraut. Zu ihren sprachlichen Kompetenzen gehören jedoch auch Kompetenzen in anderen Varianten als dem Standarddeutschen (und ebenso zum Beispiel im Standardtürkischen). Dies bedeutet daher nicht, dass diese Kinder »halbsprachig« sind oder »keine Sprache richtig« sprechen können. Es bedeutet, dass ihre Kompetenzen in der Standardsprache der Schule noch gefördert werden müssen. Eine solche Förderung kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn wir die sprachlichen Kompetenzen von Kindern objektiv würdigen und uns nicht den Blick durch Fehleinschätzungen wie der der »doppelten Halbsprachigkeit« verstellen lassen.

Kontakt: Prof. Dr. Heike Wiese, Universität Potsdam, Lehrstuhl für Deutsche Sprache der Gegenwart und Zentrum »Sprache, Variation und Migration«, E-Mail: heike.wiese@uni-potsdam.de

Vorbild in Sachen Gottes

Islamistische Initiativen werben mit ehemaligen Rappern um junge Muslime

von Götz Nordbruch, Islamwissenschaftler und Mitarbeiter des Vereins ufuq.de

Wer ist Dein Vorbild?« Unter diesem Titel stand eine Veranstaltung, die Anfang September in der Berliner al-Nur-Moschee angekündigt war. Als Referent hatte die Moscheegemeinde den ehemaligen Rapper Amir Junaid Muhadith eingeladen, der noch vor Kurzem mit ganz anderen Tönen Aufmerksamkeit erregte. In Berlin wurde die Veranstaltung aus organisatorischen Gründen kurzfristig abgesagt. In Hannover stieß Amir Muhadith dagegen einige Tage später bei einer ähnlichen Veranstaltung auf großes Interesse.

Unter dem Künstlernamen Loon hat der in New York geborene Sänger zuvor vor allem als bad boy Karriere gemacht. Seine Alben *No friends* und *Wizard of Harlem*, in denen es vor allem um sex und crime geht, stießen auch in Deutschland auf einiges Interesse. Seit seiner Konversion zum Islam im Jahr 2008 findet Amir Muhadith auch in anderen Kreisen Gehör. Unter Vertretern des Salafismus, einer rigiden Lesart des Islam, die sich an der frühislamischen Gemeinde des 7. Jahrhunderts orientiert, findet der ehemalige Sänger Zuspruch. Hier steht Amir Muhadiths neuer Lebenswandel für die Heilsbotschaft des Islam, die den Sänger auf den rechten Weg geführt hat.

Tatsächlich bieten die strikten Lehren, wie sie von salafistischen Predigern verfochten werden, Halt und Orientierung. Mit ihren einfachen Botschaften und eindeutigen Vorgaben werben diese Prediger gerade um Jugendliche. Der Koran und die Erzählungen aus dem Leben der Salaf, der »Vorfahren«, gelten ihnen wortwörtlich. Für Interpretationen und Fragen nach dem Sinn bestimmter Aussprüche, die vom Propheten Muhammad getätigt wurden, ist dabei kein Platz. Religion ist für sie weniger Spiritualität und die Suche nach einem eigenen Weg im Leben als die Unterwerfung unter Regeln und Gebote.

Für Jugendliche ist diese Lehre attraktiv – und vielen muslimischen Schülern sind die Namen von Predigern wie Pierre Vogel oder Ibrahim Abou Nagie ein Begriff. Was nicht heißt, dass sie deren Verständnis des Islam teilen. Für die meisten Muslime stehen salafistische Prediger für übertrieben strenge Auslegungen der islamischen Quellen. Auch die provokative und oft aggressive Art, mit der Salafisten vielfach gegen »Ungläubige« hetzen und sich gegen die Gesellschaft stellen, stößt auf scharfe Kritik. Dennoch haben salafistische Initiativen, die in Berlin, Bremen oder Mönchengladbach entstanden sind, in den vergangenen Jahren deutlich an Anhängern gewonnen. Dabei spielen vor allem die Angebote im Internet eine Rolle. Diverse Websites und hunderte Videos, die auf Youtube oder als DVD veröffentlicht werden, versprechen Antworten auf Fragen, die junge Muslime beschäftigen. Anders als die Imame vieler Moscheen, die von etablierten islamischen Verbänden unterhalten werden, wenden sich diese Prediger in deutscher Sprache an ihre Zuhörer. Und sie beschäftigen sich mit Fragen, die im Alltag von Jugendlichen in Deutschland eine Rolle spielen. Zum Beispiel, ob es erlaubt ist, ins Freibad zu gehen, oder ob es einer muslimischen Frau gestattet ist, im Internet mit Männern zu chatten. Unter jungen Muslimen konkurrieren salafistische Initiativen dabei erfolgreich mit den etablierten Verbänden um die Deutungshoheit in Fragen des Glaubens und der religiösen Praktiken.

Vorbild Muhadith

Bei Jugendlichen genießen Personen wie Amir Muhadith besondere Glaubwürdigkeit. Seine Vergangenheit macht ihn zu einem Vorbild, dessen Beispiel es zu folgen lohnt. Auch deshalb setzen salafistische Initiativen auf die Wirkung, die von dem ehemaligen Rapper ausgeht. Bereits seit Ende letzten Jahres macht ein anderer Musiker in dieser Szene von sich reden. In zahlreichen Videos und

Prediger wie Pierre Vogel (links) und Abdur Raheem Green sind vielen muslimischen SchülerInnen bekannt. Das Foto zeigt eine Veranstaltung Ende Mai 2011 in Koblenz.

FOTO: IMAGO/THOMAS FREY

Vorträgen beschreibt der ehemalige Berliner Gangsta-Rapper Deso Dogg seinen Weg vom Ghetto-Krieger zum gottesfürchtigen Muslim. Abou Maleeq, wie sich der Ex-Rapper mittlerweile nennt, geht dabei deutlich weiter als Amir Muhadith. Während sich Amir Muhadith kritisch, aber nicht feindselig gegenüber seiner Umwelt zeigt, geht Abou Maleeq einen Schritt weiter. In Vorträgen und religiösen Gesängen hat er in den vergangenen Monaten auch zum Djihad und Märtyrertum aufgerufen. Während sich viele Salafisten von Gewalttaten distanzieren, ist Abou Maleeq in einem Spektrum angelangt, die kaum verhüllt für den Krieg gegen Ungläubige werben.

Trotz seiner Erfahrungen mit Kriminalität und Drogen ist Abou Maleeq ein gern gesehener Gast in salafistischen Kreisen. Seine street credibility macht ihn als Botschafter des Islam bei Jugendlichen besonders attraktiv. So warnt Abou Maleeq in Vorträgen und Interviews eindringlich vor den Gefahren, die mit einem sündigen Leben mit Musik und jugendlichem Alltag verbunden sind. Musik, da ist sich Abou Maleeq sicher, ist des Teufels und führt die Menschen auf den falschen Weg. Seine eigene Vergangenheit als Gangsta-Rapper erscheint hier im Rückblick als Vorhof zur Hölle, sein neues Leben als Befreiung vom Laster und als Neuanfang auf dem Weg Gottes.

Es sind dennoch gerade die Ähnlichkeiten, die das Denken des jungen Familienvaters vor und nach seinem vermeintlichen Neuanfang prägen. Als Gangsta-Rapper sah sich Deso Dogg in einem existentiellen Kampf mit einer »schwulen Welt«, der er sich feindlich gegenüber sah. Ganz ähnlich klingen die Beschreibungen, die Abou Maleeq heute über die Welt der Ungläubigen von sich gibt. Auch in der heutigen Welt der »Djahiliyya«, der Unwissenheit und Ignoranz, stehen sich aus seiner Sicht Gut und Böse, Moral und Unmoral unversöhnlich gegenüber.

Schwarz-Weiß-Denken

Begegnungen mit Unrecht und Diskriminierung sind für Abou Maleeq wichtige Themen. Dieses Interesse teilt er mit anderen jungen Muslimen, die in Schule, Ausbildung und Alltag mit Ressentiments und Anfeindungen konfrontiert sind – wobei die meisten nach Alternativen zum Schwarz-Weiß-Denken suchen, von dem sowohl der Gangsta-Rap als auch das salafitische Weltbild geprägt ist. In den vergangenen Jahren haben sich Sänger wie Sami Yusuf aus Großbritannien oder Maher Zain aus Schweden mit ihren religiösen Botschaften auch unter deutschen Muslimen einen Namen gemacht. Nicht weniger Aufmerksamkeit erreicht der in Äthiopien geborene Sänger Ammar114 mit seinen deutschsprachigen Liedern. Der Frankfurter Sänger beschreibt sich selbst als gläubigen Muslim, der sich am Beispiel des Propheten orientiert. Dennoch betonen seine Lieder die Zugehörigkeit zur Gesellschaft. »Ich bin einer von vielen, die sich hier zuhause fühlen, die hier zu Haus sind, wie ein blondes Kind«, heißt es in seinem Lied *Wir sind Deutschland.* »Wir fahren deutsche Autos, gehen auf deutsche Straßen, schauen deutsches Fernsehen. (…) Es wird Zeit, dass wir endlich volle Rechte bekommen. Es wird Zeit, dass ihr das versteht, uns als Bürger und nicht mehr als Gäste seht.«

Auch hier steht die Auseinandersetzung mit Erfahrungen von Diskriminierungen und Ablehnung im Mittelpunkt, ohne dass dies in eine Kampfansage an die Gesellschaft umgemünzt würde. So wirbt Ammar114 für äußert konservative Werte und Glaubensregeln und bestärkt seine Zuhörer in der Vorstellung, sie seien in erster Linie Opfer der Verhältnisse – dennoch betont er die Zugehörigkeit der Muslime zur Gesellschaft und den Wunsch, sich als Bürger in die Gesellschaft einzubringen. Während salafistische Prediger auf Mission setzen und andere vom »wahren Glauben« überzeugen wollen, lassen sich die Botschaften von Sami Yusuf und Ammar114 auch als Forderungen nach Gleichberechtigung verstehen. Trotz ihrer bisweilen sehr traditionellen Ansichten über Religion und Glauben bieten sie daher Ansätze für einen konstruktiven Umgang mit Erfahrungen von Ausgrenzungen und Ressentiment. Im Unterschied zu salafistischen Predigern, die eine Abgrenzung von Nicht-Muslimen beschwören, bieten sie damit jungen Muslimen eine mögliche Alternative, sich als Muslim in der Gesellschaft zu verorten.

KURZFILME ZU DEN THEMEN ISLAM, ISLAMISMUS UND DEMOKRATIE FÜR SCHULE UND SOZIALARBEIT

Religion spielt für viele junge Muslime eine wichtige Rolle – nicht zuletzt, weil sie unmittelbar mit Fragen bezüglich von Identität, Herkunft und Zugehörigkeit verknüpft ist. Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich dennoch oft nur unzureichend auf den Umgang mit diesen Themen vorbereitet.
Deshalb kommen wir mit unserem Projekt der *Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg* und dem Berliner Verein *ufuq.de* zu Ihnen. Die von uns geschulten Teamer arbeiten mit Ihren Jugendgruppen und Schulklassen zu Themen wie Islam und Menschenrechte, Geschlechterrollen, Gewalt und Zwang. Im Mittelpunkt stehen dabei fünf Kurzfilme, die für die Arbeit mit jungen Muslimen konzipiert sind. Auch das Thema Islamismus kommt zur Sprache, weil deren Prediger bei vielen jungen Muslimen derzeit sehr populär sind. Sie bieten Jugendlichen Gemeinschaft und Orientierung, weshalb es umso wichtiger ist, positive Alternativen aufzuzeigen.
Unsere Teamer sind zwischen 20 und 30 Jahre alt. Die meisten Teamer sind selbst Muslime und haben einen arabischen, türkischen oder afghanischen Migrationshintergrund.
Die Veranstaltungen können in Jugendeinrichtungen durchgeführt oder ab der Klasse 8 in den Unterricht integriert werden (etwa in die Fächer Ethik, Politik oder Religion). Das Projekt wird von Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend gefördert, die Veranstaltungen sind daher kostenlos. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.
Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter www.ufuq.de/projekte oder www.haw-hamburg.de/modellprojekt-kib.html.

FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Schulfrieden – es wird Zeit!

Warum Bildungsdemonstrationen im Bündnis uns weiter begleiten werden

FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

von Hartmut Schurig, Vorsitzender der GEW BERLIN

Was heißt denn Schulfrieden in Berlin? Eine Begriffsklärung wird erforderlich! Ich meine nicht den »Berliner Schulfrieden«, für den die SPD in ihrem Programm plädiert, nämlich Schulfrieden als zeitweilige Abwesenheit von Reformen: »Kein System verträgt neue Strukturreformen in jeder Legislaturperiode. Daher werden wir in der kommenden Legislaturperiode keine neue Schulstrukturreform durchführen« (SPD-Wahlprogramm). Das ist zu kurz gesprungen. Dafür hat das Bündnis von Eltern, SchülerInnen und PädagogInnen auch nicht zweimal in diesem Sommer demonstriert. Es geht um Lern- und Arbeitsbedingungen, die pädagogische Arbeit wieder ermöglichen, mit oder ohne Reformen. Pädagogische Reformen sind nicht das Problem der GEW. Wir kennen den pädagogischen Wert des jahrgangsübergreifenden Lernens. Wir wissen und stehen dazu, dass die Hauptschule als Institution der Ausgrenzung und Stigmatisierung abgeschafft gehört. Wir haben auch längst das humane und pädagogische Wesen der Inklusion begriffen und unterstützen Bestrebungen in diese Richtung.

Die Praxis zeigt jedoch, was die Berliner Bildungspolitik aus den pädagogischen Reformansätzen macht, kommt in weiten Strecken einer Vergewaltigung der Pädagogik gleich. Individuelle Zuwendung zu jedem Schüler ist weder in der Schulanfangsphase noch in der Sekundarschule wirklich möglich. Die Klassen sind einfach zu groß, die Unterstützung durch sonderpädagogische geschulte ExpertInnen zu klein, die Unterschiedlichkeit der Kinder riesig, die Arbeitsbelastung durch Pflichtstunden und alle außerunterrichtlichen Aufgaben viel zu hoch. Auch wenn »nur« 25 SchülerInnen in der Klasse sind, kann es nicht gelingen, dem noch Neugierigen und dem Müden, sowie der Hochbegabten und dem Autisten gleichermaßen gerecht zu werden. Da wird das Personal auf durchschnittlich 100 Prozent reduziert, Vertretungskräfte müssen keine pädagogi-

FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

sche Ausbildung haben und werden zu prekären Konditionen eingestellt. Da werden Förderstunden gedeckelt und sehenden Auges bei kontinuierlichem Anstieg von FörderschülerInnen individuelle Förderungsmöglichkeiten beschnitten, bei der Ausstattung mit SchulhelferInnenstunden wird kräftig gespart. Da werden ehemalige Hauptschulen mit neuem Schulschild »Sekundarschule« versehen und man glaubt, dort könnten nun unter verschlechterten Bedingungen alle SchülerInnen individuell gefördert werden. Musische und künstlerische Bildung sind längst vom Rotstift geprägt. Da werden ErzieherInnenkollegien mit ihrem Personalausfall allein gelassen, denn auf eine Vertretungsmöglichkeit können sie nicht zurückgreifen. Der Senat brüstet sich mit seiner reformenreichen Schulpolitik und meint damit auch die ausgeprägte Testeritis, die Verbleiber in der SAPH, das Einschulen Fünfjähriger, das Turboabi in 12 Jahren und den Ganztag mit viel zu wenig Fachkräften. All das bei einer um mindestens ein Fünftel heraufgesetzten Arbeitszeit der Lehrkräfte, bei Streichung von Altersabminderung und Altersteilzeitmöglichkeiten.

Schließlich ist sich der Senat nicht zu schade, wenigstens den Versuch zu starten, aktiv Lohndrückerei zu betreiben, indem Lehrer mit zwei Fächern anstatt weiter in E13 nun in E11 eingruppiert werden sollten. Das wurde erst nach Monaten des aktiven Widerstandes politisch korrigiert. Dies geschieht nach Jahren der Lohnzurückhaltung (minus zehn Prozent gegenüber Baden-Württemberg), nach Einschmelzen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Demonstration am 9. Juni 2011 FOTO: CHRISTIAN V. POLENTZ

Es wird sehr deutlich, dass die Schulpolitik der vergangenen Jahre nicht von PädagogInnen geprägt, sondern von HaushälterInnen gemacht wurde. Die Ergebnisse sehen wir in den Schulen. Das spricht sich herum. Auf eine solche Schule hat keiner Lust. Die Bedingungen sind so schlecht, dass die Absolventen Berlin den Rücken kehren.

Berlin hat gewählt, die Parteien biegen auf die Zielgerade zur neuen Koalition ein. Die SPD hat wieder alle Fäden in der Hand. Nun müssen wir gerade ihr deutlich sagen, dass der Berliner Schulfrieden in ernster Gefahr ist, und zwar auch ohne neue Strukturreformen. Der Frieden ist in Gefahr, wenn die Politiker nicht die Ursachen für die schlechte Ausgangssituation in der Bildung zur Kenntnis nehmen.

Es wird Zeit, dass die Erkenntnis reift, dass ernst gemeinte pädagogische Reformen auch die Arbeitsressourcen einschließen müssen. Individuell fördern heißt, Zeit zur Zuwendung zu haben.

Es wird Zeit, die pädagogische Dimension inklusiver Bildung ernst zu nehmen. Es geht nur Inklusion oder Kostenneutralität – ein ausschließendes »oder«. Es wird Zeit, die Flucht junger ausgebildeter Fachkräfte aus Berlin mit den über viele Jahre verschlechterten Arbeitsbedingungen von PädagogInnen in dieser Stadt in Zusammenhang zu bringen. Es wird Zeit, die Kriminalisierung des Einsatzes der Pädagogen für eine bessere Schule in Berlin zu beenden. Es wird Zeit, den Beschäftigten endlich ein ernst zu nehmendes Angebot zur nachhaltigen Arbeitsentlastung zu unterbreiten, damit sich gesundes und motiviertes Arbeiten wieder entwickeln kann.

Das ist der Schulfrieden, für den wir Vorsitzende uns in den Koalitionsverhandlungen einmischen werden.

Schließt diese Schulen

von Hans-Jürgen Heusel, Bezirksleitung Tempelhof-Schöneberg

Engagierte Kollegien bauen gute Schulen auf und ziehen leistungsstarke Schüler an. Und umgekehrt.« So die aktuell vorherrschende Sicht auf die Leistung von Schulen. »Nicht nachgefragte Schulen bekommen zu recht vorwiegend leistungsschwache Schüler, wenn auch diese wegbleiben, wird eine Schule geschlossen.«

Halten wir uns nicht lange mit Tatsachen auf, nur ein Beispiel: Eine Grundschule, gebundener Ganztagsbetrieb, vielfältig engagiert, gefächertes Zusatzprogramm wie Deutschkurse für Mütter, sehr gutes Zeugnis seitens der Inspektion. Einziger Mangel: Die Schule liegt mitten im sozialen Brennpunkt Schöneberg-Nord. Nicht nur deutsche Eltern, auch Migranten versuchen ihre Kinder woanders anzumelden, weil sie ihre Kinder gerne in Deutschland integriert sehen möchten.

Die Anmeldezahlen gehen langsam aber sicher zurück; was schlägt der bürgerliche Teil der BVV (gelb, schwarz und grün) vor? »Schule schließen.« Ohne Rücksicht auf die Wirkungen auf den Kiez, ohne Verständnis für die Bedeutung einer Grundschule als soziales Zentrum, ohne Kenntnis des Engagements des Kollegiums.

Vergleichbar ist die Situation bei den Sekundarschulen in der Phase der Umwandlung und des Aufbaus. Allen Warnungen zum Trotz kümmerte sich niemand um die Restproblematik der ehemaligen Hauptschulen, Schulen, die sich nach offizieller Ideologie »noch nicht auf den Weg gemacht« hatten. Immer wieder meldet eine neue Oberschule dieser Art »Land unter«, ruft nach besonderer Förderung für ihre besonders schwierigen Schülerinnen und Schüler. Aber warum denn?! Nehmen wir doch die liberalen BildungsideologInnen beim Wort und fordern wir: Schließt diese Schulen! Gymnasium für alle! Oder wenigstens für jeden einen Platz an einer Sekundarschule mit gymnasialer Oberstufe.

7xjung

Dein Trainingsplatz
für Zusammenhalt und Respekt

GESICHT ZEIGEN!
FÜR EIN WELTOFFENES DEUTSCHLAND

NEUE WORKSHOPS FÜR SCHULKLASSEN ...

7xjung ist ein ungewöhnlicher Lernort, der heutige Lebenswelten von Jugendlichen inszeniert. Darin behandelt die künstlerische Ausstellung Erfahrungen von Ausgrenzung, Antisemitismus und Diskriminierung – und sie zeigt, was man dagegen tun kann. So setzt das Lernen in der Alltagswelt an.

... ZU ANTISEMITISMUS UND DISKRIMINIERUNG IN DER NS-ZEIT UND HEUTE

» Persönliche und sinnliche Zugänge zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus
» Kultur- und kunstpädagogische Workshops, methodisch vielfältig und mit intensiver Beteiligung
» Geschichte wird bei uns erleb- und nachvollziehbar.

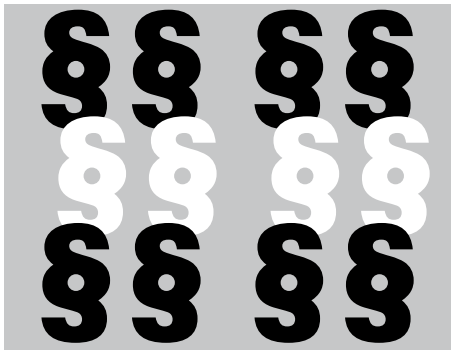
... UND AKTUELL: WORKSHOPS ZUR REFLEXION MUSLIMISCHER IDENTITÄT IN DEUTSCHLAND

» Kreative Workshop-Formate für Gruppen mit vielen muslimischen Jugendlichen
» Eine persönliche Annäherung an die große Spannung zwischen eigener demokratischer Haltung, erlebter Islamfeindschaft und potenzieller islamistischer Radikalisierung
» In wunderschön gestalteter Lernumgebung, die den persönlichen Austausch fördert

ALTER: ab ca. 12 Jahre, 5.–12. Klasse, für alle Schulformen geeignet
DAUER: ca. 4 Stunden pro Workshop, z. B. 9–13 Uhr
TERMINE: nach Vereinbarung – rufen Sie uns an, wir freuen uns!
INFOS UND ANMELDUNG: Tel. 030-3030808-25/-26
E-Mail: ausstellung@gesichtzeigen.de
Internet: www.7xjung.de, www.gesichtzeigen.de/freiheit

VERANSTALTER: Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.
AUSSTELLUNG 7xjung: Flensburger Straße 3, S-Bahn-Bögen 416-422, 10557 Berlin
S-Bahnhof Bellevue / U9 Hansaplatz

Wir danken für die freundliche Unterstützung:
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
TOLERANZ FÖRDERN KOMPETENZ STÄRKEN
be Berlin – Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration
RESPEKT



KEINE ALTERSDISKRIMINIERUNG

Der automatische Eintritt von Beamten in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres verstößt nicht gegen das Verbot der Altersdiskriminierung. Zwar führt die Altersgrenze zu einer Ungleichbehandlung, sie stellt jedoch keine Diskriminierung wegen des Alters dar, da sie durch legitime Ziele gerechtfertigt ist. Die Altersgrenze dient einer ausgewogenen Altersstruktur in der öffentlichen Verwaltung und der Entlastung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung zusätzlicher oder früherer Einstellungsmöglichkeiten für junge Beamte.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Urteil vom 25. Februar 2011 - 2A 11201/10.OVG

GRUNDSATZ ALTERSANGEMESSENER SCHULWEGE MUSS BEACHTET WERDEN

Die Festlegung gemeinsamer Einschulungsbereiche für mehrere Grundschulen in Berlin-Mitte verstößt gegen den Grundsatz altersangemessener Schulwege. Mit dieser Begründung hat das Verwaltungsgericht Berlin den Bezirk im Rahmen von Eilverfahren verpflichtet, Antragsteller an den von ihnen gewünschten Grundschulen aufzunehmen. Das Bezirksamt Mitte von Berlin hatte im September 2010 acht Grundschulen in einem Radius von 5 km zu einem gemeinsamen Einschulungsbereich zusammengefasst. Diese Neuordnung stützte sich auf das Berliner Schulgesetz, das die Festlegung gemeinsamer Einschulungsbereiche ausdrücklich zulässt. Die Bildung eines gemeinsamen Einschulungsbereichs hat zur Folge, dass jede Schule dieses Einschulungsbereichs für alle Kinder, die in diesem Bereich wohnen, die zuständige Grundschule ist. Die Kinder haben daher keinen Anspruch auf den Besuch der ihrer Wohnung am nächsten liegenden Schule. Einer Reihe von Antragstellern war die Aufnahme in die jeweilige Wunschschule aus Kapazitätsgründen versagt worden, wobei ihnen Kinder mit teilweise deutlich weiteren Schulwegen vorgezogen worden waren. Die 9. Kammer des Verwaltungsgerichts beanstandete diese Praxis, weil der Zuschnitt des beschlossenen gemeinsamen Einschulungsbereichs den Grundsatz altersangemessener Schulwege nicht beachte. Richtschnur für einen altersangemessenen Schulweg, den Schulanfänger bewältigen könnten, sei eine Länge von etwa 1 km, wobei zusätzlich die lokalen Gegebenheiten, insbesondere die Gefahrenträchtigkeit des Schulweges durch den Straßenverkehr, zu berücksichtigen seien. *(Pressemitteilung vom 3. August 2011)*

VERGABE VON OBERSCHULPLÄTZEN NICHT ZU BEANSTANDEN

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg (OVG) hat die Vergabe von Oberschulplätzen auf der Grundlage des geänderten Schulgesetzes als rechtmäßig bestätigt. Das Berliner Schulgesetz sieht vor, dass Integrierte Sekundarschulen und Gymnasien ihre freien Plätze bei einer die Aufnahmekapazität übersteigenden Nachfrage wie folgt vergeben: Bis zu 10 Prozent sind für Härtefälle vorgesehen, mindestens 60 Prozent werden nach Aufnahmekriterien verteilt, die die Schule unter Berücksichtigung ihres Schulprogramms festlegt, und 30 Prozent der Plätze werden verlost. Dem OVG zufolge dürfen auch Integrierte Sekundarschulen die Durchschnittsnote der sogenannten Förderprognose grundsätzlich zum Aufnahmekriterium machen. Soweit hierdurch im Einzelfall vor allem leistungsstarke Schüler einen Schulplatz erhielten, habe der Gesetzgeber dies bewusst in Kauf genommen. Er habe – anders als im Fall der früheren Gesamtschulen – ausdrücklich darauf verzichtet, an Integrierten Sekundarschulen eine bestimmte Zusammensetzung der Schülerschaft zu fordern. Im Übrigen werde leistungsschwächeren Schülern die Möglichkeit eröffnet, im Wege der Verlosung einen Platz zu erhalten. Auf das Schulprogramm müsse die Schule bei der Festlegung des Aufnahmekriteriums nicht abstellen, wenn eine besondere Profilbildung fehle. Außerdem hat das OVG entschieden, dass die Vergabe eines Schulplatzes nach der Härtefallregelung grundsätzlich nur dann möglich sei, wenn die Erziehungsberechtigten die im Aufnahmebogen verzeichnete Rubrik »Härtefall« angekreuzt hätten. Dies gelte in der Regel selbst dann, wenn der Schulleiter das Vorliegen eines Härtefalles mündlich verneint habe.

(OVG, Beschlüsse vom 5. September 2011, OVG 3 S 76.11 und andere)

PIA PROTESTIEREN GEGEN AUSBEUTUNG

Am 7. September 2011 protestierten rund 200 PsychotherapeutInnen in Ausbildung (PiA) unter dem Motto »Psychotherapeuten in Ausbeutung« gegen die schlechte bis fehlende Bezahlung in den Berliner Kliniken. PiA sind Diplom-Psychologen oder Diplom-Pädagogen, die nach ihrem Studium eine Ausbildung zum Psychologischen Psychotherapeuten oder zum Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten an staatlich anerkannten Instituten absolvieren und diese mit 25 000 bis 50 000 Euro selbst finanzieren. Bestandteil dieser Ausbildung ist die sogenannte Praktische Tätigkeit in einer Klinik. Sie umfasst 1.800 Stunden, die über eineinhalb Jahre in einer Klinik abgeleistet werden müssen. Im Psychotherapeuten-Gesetz wurde 1999 zwar festgelegt, dass die Praktische Tätigkeit absolviert werden muss, aber nicht, dass sie auch bezahlt wird. Dies nutzen die Kliniken aus und zahlen deshalb eine »Vergütung« zwischen 0 und 400 Euro. Planstellen werden durch »billigere« PiA ersetzt.

GEHALTSPFÄNDUNG UND FREIBETRAG

Arbeitgeber sind bei Lohnpfändungen zu Auskünften und zur Zusammenarbeit verpflichtet und dürfen gepfändetes Einkommen nicht an den Schuldner auszahlen. Ausgenommen ist ein Freibetrag, der pfandfrei bleibt, Seit dem 1. Juli 2011 gelten dafür neue Grundsätze. So beträgt der grundsätzliche Pfändungsfreibetrag für Personen ohne Unterhaltsverpflichtung 1.029,99 Euro, bei Personen mit Unterhaltsverpflichtungen liegt er höher.

„EIN **KLASSIKER** FÜR EINE **NEUE GENERATION!**“
ROLLING STONE

Begleitmaterial für den Schulunterricht
ab sofort erhältlich unter www.JaneEyre.de

MIA**WASIKOWSKA** MICHAEL**FASSBENDER** JAMIE**BELL** UND JUDI**DENCH**

JANE EYRE

„EINE **LIEBESGESCHICHTE** EBENSO **INTELLIGENT** WIE **LEIDENSCHAFTLICH!**“
ELLE

FOCUS FEATURES INTERNATIONAL
WWW.JANEEYRE.DE
TOBIS

AB **1. DEZEMBER** IM **KINO**

Weiblich, aktiv sucht ...

... Verbündete mit Kampfgeist. PS: Eilt!!

FOTO: PRIVAT

von Lenka Kesting, Vorstandsbereich Schule

Seit etwa anderthalb Jahren habe ich das Gefühl, dass die Berliner Lehrerzimmer und Schulstationen bald platzen müssen. Dass die maroden Schulgebäude die Wut und Verzweiflung vieler frustrierter und übermüdeter PädagogInnen nicht mehr aushalten können. Dass die Klagemauer Lehrerzimmer, an der sich Frust und Hilflosigkeit konzentrieren, einfach in sich zusammenbrechen muss. Schulstrukturreform, Qualitätspaket, Teilhabe- und Bildungspaket, Inklusion, neue Sprachkonzepte mit neuen Sprachkoordinatoren, Zugänge ohne Deutschkenntnisse, ... das sind nur einige Dinge, die wir Pädagogen zu verdauen haben, die uns aber schwer im Magen liegen. Einige Dinge, die enorm viel Arbeit bedeuten. Zusätzliche Arbeit, die kostenneutral zu erledigen ist. So ist es der Wille der Senatsverwaltung. Und dieser Wille scheint mir unantastbares und unfehlbares Gesetz für die meisten von uns zu sein nach dem Motto: »Wes' Brot ich ess, des' Lied ich sing ...«. In der Schule wird lauthals gemotzt, aber auf der Straße sind wir leise.

Die geringe Beteiligung der groß angekündigten Bildungsdemonstration am 10. September kann ich mir nicht erklären. Eine Woche vor der Wahl in Berlin haben anscheinend nur wenige das Bedürfnis, in einem Bündnis mit allen Beteiligten auf die Bildungsmisere in Berlin auf der Straße aufmerksam zu machen. Die Wutexplosionen blieben an diesem Samstag aus. Da diese Demo an einem Samstag stattfand, wurde sie mit keinen Disziplinarmaßnahmen verbunden, wie z. B. der Streik für »Alte Stärken«. Und trotzdem diese Schlappe. Und ich frage mich ganz naiv und uner-

FOTO OBEN: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE, UNTEN: ARCHIV

fahren: Ist der Leidensdruck bei uns noch nicht groß genug? Glauben wir nicht mehr daran, etwas verändern zu können? Sind wir am Wochenende so müde, dass wir keine drei Stunden für unsere Sache kämpfen wollen und können? Unsere Wut sichtbar machen? Hat die GEW BERLIN die Pädagogen zu wenig mobilisiert? Klar, heiliges Wochenende braucht man auch, aber dann sollte man sich beim Motzen im Schulgebäude doch etwas zurückhalten, oder?

Seitdem ich im Vorstand der GEW BERLIN tätig bin, nehme ich Bemerkungen, Lob und Kritik uns gegenüber genauer wahr. Und ich höre oft den Satz: »Die GEW macht nichts« oder »Die GEW macht zu wenig«. Ich nehme mir diese Bemerkungen zu Herzen. Aber gleichzeitig frage ich mich: Wer ist die GEW? Sind das nur die paar Funktionäre? Sind nur wir gemeint, die »nichts« machen? Egal aus welcher Perspektive ich die Sache betrachte, komme ich immer wieder zu dem Schluss, dass jede Gewerkschaft nur so stark ist, wie ihre Mitglieder und deren Wille, notfalls den Laden lahmzulegen. Letztendlich zählt nur diese Macht. Wir haben wenig Macht. Und ich frage euch, die Mitglieder: Wollen wir nicht stärker werden? Was hindert uns daran? Wovor haben wir Angst? Haben wir keine Kraft mehr, in entscheidenden Augenblicken einig und tatkräftig zu sein? Ein paar Stunden für unsere Sache zu »opfern«? Wenn wir Peanuts investieren, bekommen wir höchstens Peanuts zurück!

Zu idealistisch und naiv? Durch verlorene Schlachten frustriert? Nein, ich kapituliere (noch) nicht. Ich blicke (noch) optimistisch in die Zukunft. Und ich appelliere an euch, die Mitglieder unserer Gewerkschaft: Ihr werdet dringend gebraucht!

ALTE STÄRKEN MIT LANGEM ATEM

4. Juni 2009	Die Landesdelegiertenversammlung (LDV) der GEW BERLIN fordert die Beibehaltung der Altersteilzeit für beamtete LehrerInnen.
16. November 2009	Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung lehnt die weitere Gewährung von Altersteilzeit ab.
Ende Mai 2010	Die Kampagne »Alte Stärken« startet mit einer Unterschriftensammlung – innerhalb von vier Wochen sind mehr als 10.000 Unterschriften beisammen.
26. Juni 2010	Senator Zöllner verweigert die Annahme der Unterschriftensammlung in der Senatsverwaltung. Es wird ein Brief an Zöllner geschrieben.
14. September 2010	13 lange Wochen passiert nichts. Die GEW BERLIN wendet sich in einem offenen Brief an Zöllner – wieder nichts.
17. November 2010	Etwa 1500 KollegInnen versammeln sich nach der Arbeitszeit auf dem Alexanderplatz und gehen zur Senatsverwaltung.
12. Januar 2011	Zöllner ist bereit, mit der GEW über das Thema »arbeitsentlastenden Maßnahmen für ältere Lehrkräfte« zu sprechen. Ergebnis: Er sieht keinen Spielraum.
15. Februar 2011	Die GEW BERLIN führt eine Mitgliederbefragung durch. Mehr als 92 Prozent würden sich an kurzfristigen Arbeitsniederlegungen beteiligen, über 80 Prozent erklären sich zu ganztägigen Streikmaßnahmen bereit.
24. Februar 2011	Die Vertrauensleutekonferenz der GEW BERLIN bestätigt die Mitgliederbefragung.
5. April 2011	Die GEW ruft alle Lehrkräfte auf, um »5 vor 12« den Unterricht zu beenden und ab 13 Uhr zu demonstrieren. Es kommen 6.000 LehrerInnen auf den Alexanderplatz. Die Senatsverwaltung spricht von mehr als 2.300 Streikenden.
13. April 2011	Die LDV der GEW beschließt die Fortführung der Kampagne »Alte Stärken« mit Aktionen noch vor dem Sommer.
9. Juni 2011	Gemeinsam mit dem Landeselternausschuss, dem Landesschülerausschuss und weiteren Organisationen ruft die GEW zu einer Bildungsdemonstration »Für bessere Schulen in Berlin« auf. Eine Forderung ist die nach Einführung von altersentlastenden Maßnahmen für LehrerInnen. Etwa 5.000 Menschen sind dabei.
27. Juni 2011	Der Landesvorstand (LV) ruft zur Beteiligung an der zweiten Bildungsdemonstration des Bündnisses am 10. September und zum Streik am 28. September 2011 auf.
Juli/August 2011	Zöllner sagt zu, die Möglichkeit der Umwandlung der Arbeitszeitkonten in eine Stundenermäßigung zum Ende des Arbeitslebens in die Haushaltsberatungen des Senats einzubringen. Negativ, weil es für Arbeitszeitkonten keine stellenplanmäßige Absicherung gibt.
29. August 2011	Der LV hält am Beschluss fest, für den 28. September 2011 einen ganztägigen Streiktag vorzubereiten.
10. September 2011	6.000 SchülerInnen, Eltern, ErzieherInnen und LehrerInnen demonstrieren wiederholt gemeinsam.
22. September 2011	Der LV beschließt den Streik auszusetzen und am 25. Oktober 2011 eine Vertrauensleutekonferenz durchzuführen. (Diese liegt nach Redaktionsschluss der *blz*.)

WIE GEHT ES WEITER? WAS IST PASSIERT?

Die Vertrauensleutekonferenz ist vom Landesvorstand zum **25. Oktober 2011** einberufen worden und soll das weitere Vorgehen der Kampagne »Alte Stärken« beraten. Überlegt werden muss insbesondere, wie unter der veränderten Ausgangslage einer rot-schwarzen Regierung künftig agiert werden soll. Mit der Vertrauensleutekonferenz soll diese Diskussion auf eine möglichst breite Basis gestellt werden, um dann auf der Landesdelegiertenversammlung am 8./9. einen gut vorbereiteten Beschluss verabschieden zu können. Wir berichten in der Dezemberausgabe der blz darüber. Die Beschlüsse sind aber auch schon vorab im Internet einzusehen.

Altlinke Sprüche

Die Lesepaten, der *Tagesspiegel* und wir

LeserInnenbrief der blz-Redaktion an den Tagesspiegel

Ihr Artikel »Altlinke Sprüche – Lehrergewerkschaft kritisiert Lesepateninitiative von Kaufleuten und Industrie«, von jkü/sve, erschienen am 20. September 2011, greift unsachgemäß in eine interne Diskussion zwischen der Redaktion der Mitgliederzeitschrift der GEW BERLIN und der Rezensentin des Buches von Sybille Volkholz »Lesepaten in Berlin … oder wie man Bildung zur gesellschaftlichen Aufgabe macht« ein. Unsachgemäß deshalb, weil hier die Kritik an der Rezension in eine grundsätzliche Kritik gegenüber den Lesepaten an Berliner Schulen in sozialen Brennpunkten umgewandelt wird.

Tatsache ist, dass die GEW BERLIN das Engagement der vielen Lesepaten an den Berliner Schulen Wert schätzt. Viele Gewerkschaftsmitglieder sind in den Schulen bemüht, Lesepaten als Unterstützung der Sprachförderung zu gewinnen und in den Lernprozess zu integrieren. Uns ist nicht bekannt, dass vonseiten der GEW BERLIN diese Aktivitäten kritisiert oder gar behindert worden sind. Im Gegenteil. Konzepte zur Entwicklung von Lesekultur an Schulen, bei denen Lesepaten integraler Bestandteil sind, werden von der GEW BERLIN mit Hilfe von schulnahen Veranstaltungen und Fortbildungen aktiv gefördert.

Die positive Bewertung des zivilgesellschaftlichen Engagements der Lesepaten darf jedoch nicht verschleiern, dass gleichzeitig die Unterfinanzierung der Schulen dazu führt, dass die gesellschaftlichen Aufgaben, die der Berliner Schule zugeschrieben werden, nur unzureichend erfüllt werden können. Die mangelnde Sprachkompetenz vieler SchülerInnen ist nur eine Erscheinung dieses skandalösen Umstandes. Schule ist und bleibt im Verständnis der GEW BERLIN in erster Linie eine staatliche Aufgabe. Vor diesem Hintergrund betrachtet die GEW BERLIN nicht nur die Ausweitung des Privatschulwesens, sondern auch das immer stärker von politischer Seite geförderte Eindringen von privaten Trägern, Stiftungen und Vereinen als Vorgänge, in denen staatliche Pflichtaufgaben abgetreten werden; mit der Konsequenz, dass der Spielraum vieler staatlicher Schulen weiter eingeschränkt wird.

Ein Vergleich zwischen dem Sponsorenergebnis der Rütli-Gemeinschaftsschule und der Keppler-Sekundarschule macht dies deutlich. Der Sponsoren-Etat der ersten übersteigt das 10-fache gegenüber dem der zweiten Schule, Sachspenden wie eine Ausstattung mit Musikinstrumenten gar nicht eingerechnet. Die Ursachen für diesen Unterschied sind nicht in dem größeren Engagement der PädagogInnen der erfolgreicheren Schule zu suchen, sondern haben ganz andere Ursachen, wie Sie auch einzuschätzen wissen. Nicht umsonst lehnt die GEW BERLIN eine Schulpolitik ab, die im Rahmen der Konkurrenz und unter dem wohlklingenden Namen der verstärkten Schulautonomie und Eigenverantwortung die unterausgestatteten Schulen im Kiez gegeneinander antreten lässt.

Ein Buch, das als Kernthese beinhaltet, Bildung sei nicht in erster Linie Aufgabe des Staates, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe, die sich in einem Konzept sozialer Interaktion vollziehe, kann daher nicht unkritisch in einer Gewerkschaftszeitung rezensiert werden.

Bei der Entscheidung der Redaktion, die Rezension des Buches nicht in der kommenden Ausgabe der Berliner Mitgliederzeitung abzudrucken, geht es nicht um ein Totschweigen der Lesepaten und der Initiative von Sybille Volkholz und des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller. Es geht vielmehr darum, dass in den Augen der Redaktion eine Buchrezension mehr sein muss als eine mehrseitige Inhaltsangabe. Wenn die Position der GEW BERLIN nicht mehr in ihrer eigenen Zeitung dargestellt werden darf oder Bestandteil der Entscheidung für oder gegen Artikel sein darf, wo dann bitte ansonsten. Der Tagesspiegel ist dafür sicher keine Ersatzplattform, durchaus mit Recht. Etwas mehr Sachlichkeit und Sorgfalt in der Berichterstattung können wir aber von einer Tageszeitung und ihren JournalistInnen verlangen, die sich als überparteilich definieren. ■

AUSZUG AUS DER ABGELEHNTEN BUCHBESPRECHUNG VON UTE WOLTERS:

»Die Autorin beschreibt auf den ersten 40 Seiten die Rahmenbedingungen und Intentionen des Projektes Bürgernetzwerk Bildung des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI), das ganz wesentlich Ergebnis ihres jahrelangen Engagements ist. Es folgen viele Erfahrungsberichte von Lesepaten, Koordinatoren, Kinderbriefen, Farbfotos von lesenden Kindern mit und ohne Lesepaten etc. S. Volkholz wendet sich gegen die weitverbreitete Einstellung, Bildung sei vor allem Aufgabe des Staates und setzt dagegen Bildung als gesellschaftliche Aufgabe in einem »Konzept sozialer Interaktion« (S.19). Dies ersetze staatliches Handeln nicht, beschränke dieses aber auf das Schaffen von Rahmenbedingungen, die Gewährleistung individueller Rechte und die Förderung regionaler Strukturen.«

Die vollständige Buchbesprechung sowie die Absage-Mail sind einzusehen unter www.julim-journal.de/index.php/kontrovers/173-lesepaten-in-berlin

Der hier abgedruckte Leserbrief der blz-Redaktion wurde im Tagesspiegel *nicht veröffentlicht, führte aber zu einem weiteren Artikel am 28. September »Der absurde Streit um ein Buch über Lesepaten«, in dem Susanne Vieth-Entus unseren Brief rezensiert und auch »alte GEW-Kollegen« zu Wort kommen lässt, die meinen, es gehe in Wahrheit darum, dass Sybille Volkholz zu anderen bildungspolitischen Schlüssen komme als die »Funktionäre«.*

The Help

Voraufführung für GEW-Mitglieder am 4. Dezember 2011

von der Kultur-AG

FOTO: VERLEIH

Veränderung beginnt mit einem Flüstern ... Jackson, Mississippi Anfang der 60er Jahre: Als die junge Skeeter (Emma Stone) nach dem College in ihre Heimatstadt zurückkehrt, träumt sie davon Schriftstellerin zu werden. So fasst sie – angetrieben von ihrem ausgeprägten Gerechtigkeitssinn und entgegen aller Konventionen – den Entschluss, afroamerikanische Frauen zu interviewen, die ihr Leben damit verbracht haben, sich als Hausmädchen um die Kinder der weißen Oberschicht zu kümmern. Doch damit verstößt Skeeter nicht nur gegen den guten Ton, sondern auch gegen das Gesetz, womit sie sich und alle, die ihr geheimes Projekt unterstützen, in Gefahr bringt. Allen voran die gutherzige Aibileen (Viola Davis), die Skeeter als erste für ihr Projekt gewinnen kann, und die resolute Minnie (Octavia Spencer), die mit ihrem vorwitzigen Mundwerk und einzigartigem Schokoladenkuchen für Furore sorgt. Dabei werden Skeeters Freundschaften aus Kindheitstagen auf eine harte Probe gestellt und auch die schwarze Gemeinde steht dem Projekt zunächst mehr als skeptisch gegenüber. Doch nach einem folgenschweren Vorfall sind immer mehr Hausmädchen bereit, Skeeter ihre großartigen, tragischen bis witzigen Lebensgeschichten zu berichten. Jede Veränderung beginnt zunächst mit einem Flüstern, doch die Stimmen werden lauter - und es gibt eine Menge zu erzählen ...

Basierend auf dem Bestseller von Kathryn Stockett (Nummer eins der Bestsellerliste der New York Times) gelingt Regisseur Tate Taylor ein einfühlsamer wie provokativer Film über Freundschaft, Courage und Ausgrenzung. Und die Besetzung mit Emma Stone (»Einfach zu haben«) und Viola Davis (»Eat Pray Love«) in den Hauptrollen sorgt für ein eindrucksvolles Kinoerlebnis. Bewegend und schmerzlich, aber auch voller Hoffnung und liebenswertem Humor.

Der Film startet am 8. Dezember in den Kinos. Wir zeigen ihn in einer Voraufführung in Kooperation mit Walt Disney Studios Motion Pictures Germany am **Sonntag, 4. Dezember um 12.00 Uhr** im Charlottenburger **Kant-Kino** der Yorck-Kinogruppe.

Karten sind über die GEW-Geschäftsstelle oder www.gew-berlin.de erhältlich. Weitere Informationen über den Film unter www.thehelp-derfilm.de

ANZEIGE

Ganz Regal was kommt.

► Regalsystem Cubus von TEAM 7

Entdecken Sie die Welt der intelligenten Massivholzmöbel.

Kant-/Ecke Uhlandstraße
im stilwerk ·10623 Berlin
Telefon: 030-315 15 460
Internet: www.trollhus.de

TROLLHUS
NATÜRLICH SCHÖN WOHNEN

Überlastung als Arbeitsprinzip

SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen stehen auf verlorenem Posten

von Barbara Berry, Sozialpädagogin und Sozialarbeiterin in einem Berliner Jugendamt

Der Artikel in der *blz* »Schule und Jugendhilfe gemeinsam« vom September 2011 hat beschrieben, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe ist, welche Unterstützungsansprüche und -möglichkeiten Eltern, Kinder und Jugendliche haben. Doch wie sieht es mit der Umsetzung in der Berliner Realität aus?

Unglaubliche Aufgabenvielfalt

In den Regionalen Sozialpädagogischen Diensten (RSDs) oder Allgemeinen Sozialpädagogischen Diensten (ASDs), der Name variiert je nach Bezirk, arbeiten SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen, die diese Ansprüche in konkrete Hilfen umsetzen und den Bedarf und die Notwendigkeit der Hilfe prüfen sollen. Sie beraten die Hilfeform, entscheiden mit den Familien gemeinsam, erledigen den Verwaltungskram und überprüfen die Hilfen regelmäßig. Wir KollegInnen aus den RSDs haben neben den Hilfen zur Erziehung noch den Bereich Kinderschutz und die Zusammenarbeit mit dem Familiengericht bei Trennung, Scheidung und Umgangsregelung und die Beratung der Eltern bei Erziehungsschwierigkeiten in unserem Aufgabengebiet sowie weitere Aufgaben, die mit Jugendberufshilfe, Beratung von Familien mit Kindern mit Behinderung und Stellungnahmen für JobCenter und andere Behörden noch lange nicht abschließend aufgezählt sind. Jede KollegIn soll möglichst immer (telefonisch oder persönlich) erreichbar sein, intensive Fallbesprechungen führen, alle Gespräche und Arbeitsschritte genau dokumentieren und sich natürlich vernetzen und in verschiedensten Foren als Vertreterin des Kinderschutzes einbringen. Die Situation in den RSDs kann man einfach beschreiben: Es kommen immer mehr Aufgaben dazu, die von immer weniger Menschen mit immer mehr Verwaltungsaufwand bearbeitet werden sollen.

Kinderschutzfälle haben Priorität

Jede SozialarbeiterIn hat im Durchschnitt 80 Familien zu betreuen (wenn man da noch von Betreuung sprechen kann). Das kann aber auch in einigen Bezirken mal 100 Familien bedeuten. Und das heißt in Vertretungssituationen (und die sind eher die Regel als die Ausnahme) dann eben auch mal 120 oder 160 Familien kennen, beraten, Hilfeplangespräche führen, in Familiengerichtsverfahren Stellung nehmen, an Schulhilfekonferenzen teilnehmen, Hilfen einleiten, Umgangsregelungen erarbeiten, Stellungnahmen schreiben. Aber auch bei »nur« 60 »Fällen« ist eine Beratungs- und Betreuungsarbeit nicht mehr möglich.

Die Bearbeitung der Kinderschutzfälle hat im RSD Priorität. Das heißt, dass an-

FOTO OBEN: IMAGO/GÖTZ SCHLESER, AUTORINFOTO: KAY HERSCHELMANN

dere Aufgaben dann warten, ohne dass die Wartenden wissen oder erfahren, warum sich niemand um ihr Anliegen und ihre, aus ihrer Sicht ja auch dringenden, Probleme kümmert, nicht erreichbar ist, nicht zurückruft, keinen Termin anbieten kann.

An das Jugendamt wird häufig der Anspruch gestellt, es solle die Probleme lösen, die der Ratsuchende nicht zu lösen vermocht hat: Ein schulschwänzendes Kind wieder in die Schule schicken, eine Mutter zum Einhalten von Terminen bewegen, Kinder zu weniger aggressivem Verhalten bringen, einen Vater von der Notwendigkeit zu mehr Zusammenarbeit überzeugen. Offen gesagt: Das kann der RSD nicht. Er kann Angebote machen. Die müssen von der Familie akzeptiert werden – und dann muss innerhalb des Amtes eine Finanzierungszusage erreicht werden. Es wäre bestimmt eine interessante Diskussion unter RSDlerinnen, welche Hürde schwieriger zu nehmen ist und mehr Aufwand erfordert. Und diese Begründungen und Falldarstellungen in den verschiedensten Gremien (auch hier gibt es in jedem Bezirksamt einen anderen Verwaltungsweg) gehören zu den Aufgaben, die besonders viel Zeit und oftmals auch viel Nerven kosten.

Schwierige Entscheidungen

Nimmt die Familie die angebotenen Hilfen nicht an, ist es die Aufgabe des RSDs, zu entscheiden, wie es weitergeht: Lassen wir die Familie ohne Unterstützung weitermachen oder liegt hier eine Kindeswohlgefährdung vor, ein Begriff aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch, der aus gutem Grund nicht weiter definiert und bei jedem Kind und jeder Familie neu zu entscheiden ist. Das ist dann der Teil der Aufgaben des Jugendamtes, mit dem man in die Zeitung kommen kann: Wahlweise »Jugendamt greift in Familie ein« bzw. »Jugendamt greift nicht/ zu spät ein«. Die Entscheidung, ob und wann der RSD in die Familie eingreift oder das Familiengericht informiert, um dieses zum Eingreifen zu bewegen, ist schwierig: Wir wollen gute fachliche Gründe für diese Entscheidungen haben. Dafür sind eine gute fachliche Zusammenarbeit und ein hohes Maß an Kompetenz nötig. Und Sozialarbeiterinnen, die Erfahrung in der Bewertung von Krisen- und Gefährdungssituationen haben, und genügend Zeit, um sich ein Bild von der Situation der Familie zu machen und mit allen Beteiligten sprechen zu können.

Problem der persönlichen Haftung

Und da sind wir wieder bei der Realität: Im RSD ist es schwierig, Zeit für eine gute Einarbeitung der neuen KollegInnen (wenn es welche gibt…) zu finden. Im RSD ist es noch schwieriger, genug Zeit für die gründliche Bearbeitung einer Gefährdungssituation zu finden. Oder andere KollegInnen, die ihre Arbeit aufschieben können, um als zweite Person mit in ein Gespräch oder zum Hausbesuch zu gehen. Das ist zwar vorgeschrieben, hat aber mit der realen Personalsituation manchmal nicht mehr viel zu tun. Nun ist es aber nicht so, dass sich jede Sozialarbeiterin um den einen Kinderschutzfall intensiv kümmern kann, denn dass mehrere akute Kinderschutzmeldungen gleichzeitig bearbeitet werden müssen, ist im RSD Alltag. Jede Gefährdungseinschätzung setzt ein immenses Verwaltungsverfahren in Gang, das alleine einen Arbeitstag füllen kann, ohne dass man ein Wort mit der Familie gewechselt hätte. Aus nachvollziehbaren fachlichen Gründen entscheiden sich die SozialarbeiterInnen für das Gespräch mit der Familie, den Kindern, den LehrerInnen, den Kita- oder HortbetreuerInnen. Und schieben den Verwaltungsanteil auf und vor sich her. Oder nehmen ihn mit nach Hause, weil nach 22 Uhr die Alarmanlage in der Dienststelle losgeht, und man vorher das Gebäude verlassen haben muss. Oder kommen am Wochenende.

Wir Sozialarbeiterinnen erkennen die Not der Familien, wollen die Situation der Kinder verbessern, Kinder vor Gefährdungen schützen. Damit lassen wir uns unter Druck setzen, denn wenn wir die zusätzliche, nicht mehr zu bewältigende Arbeit nicht erledigen, baden das die Familien aus.

Hinzu kommt der immer gespürte, zu selten offen angesprochene Druck der persönlichen Haftung, dass etwas übersehen oder falsch eingeschätzt werden könnte. Wenn Kinder zu Schaden kommen, werden die Sozialarbeiterinnen haftbar gemacht, und keiner fragt nach Personalausstattung, Fallzahlen, Krankenstand oder Überlastungsanzeigen. Die Mehrzahl der KollegInnen im RSD hat schon eine oder mehrere Überlastungsanzeigen gestellt. Überlastungsanzeigen sind zwar zur Absicherung notwendig, führen aber selten zu dauerhaften Verbesserungen.

Je weniger Zeit eine KollegIn hat, desto weniger kann sie in den Austausch mit anderen gehen, vielleicht auch mit der Sorge, die Überlastung beträfe nur sie, liege in ihrer Person, und die anderen würden gut zurechtkommen. Und dabei geht's der NachbarIn im Nebenzimmer oder am Nachbarschreibtisch genauso…Die Arbeit im Gefährdungsbereich ist interessant und fordernd, aber auch anstrengend und psychisch belastend. Supervision ist selbstverständlicher Standard in der sozialen Arbeit und wird auch von den freien Trägern der Jugendhilfe gefordert. Für die Sozialarbeiterinnen der RSDs gibt es Supervision oft nur auf Antrag, als Ausnahme, in komplizierte Verwaltungsvorgänge eingebunden, und manchmal schwingt auch beim Entgegennehmen des Antrags auf Supervision eine unausgesprochene Botschaft von »da kann eine wohl nicht mehr richtig arbeiten…« mit.

Wir müssen uns wehren

Der Krankenstand in den RSDs ist entsprechend hoch, was zu ständigen Vertretungen und zusätzlichen Belastungen der KollegInnen führt. Manche KollegInnen halten dem fortwährenden Druck nicht mehr stand, sodass für sie ein anderes Arbeitsgebiet gesucht werden muss. Andere suchen sich selber ein anderes Arbeitsgebiet, weil sie diese Arbeitsbedingungen nicht akzeptieren wollen, und verlassen den RSD, bevor sie unter der Belastung zusammenbrechen. Diese Entwicklung ist in den Jugendämtern seit Jahren bekannt. Ein grundsätzliches Umsteuern zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im RSD ist aber nicht zu erkennen.

Es führt kein Weg an der Einsicht vorbei: Wir im RSD müssen ein weiteres zusätzliches Arbeitsgebiet übernehmen: Wir müssen uns gemeinsam, über Bezirks-, Gehalts- und Besoldungsgrenzen hinweg für eine Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen einsetzen. Wir müssen bei den vielen KollegInnen aus anderen Bereichen, mit denen wir zusammenarbeiten, um Unterstützung werben. Im Übernehmen von zusätzlichen Aufgaben, für die wir eigentlich keine Ressourcen mehr haben, sind wir doch seit Jahren geübt!

Knallhart und sensibel

Hilfe durch Umgangsbegleiter bei einer Trennung von Eltern und Kindern

FOTO: PRIVAT

von Jürgen Kura, freier Journalist

Gewalt, Missbrauch, Drogensucht, nicht endenwollender Streit – dies alles sollte am besten kein Kind erleben müssen. Die meisten Eltern bekommen es hin, Bedingungen für eine glückliche Kindheit zu bieten. Aber eine Partnerschaft kann auch aus weniger extremen Gründen zerbrechen. Immerhin sind in Deutschland 170.000 Kinder jährlich von der Scheidung ihrer Eltern betroffen. Von unverheirateten Paaren, die auseinander gehen, mal ganz abgesehen.

Sieben bis zehn Prozent der Trennungen verlaufen »hochkonflikthaft« oder »hochstrittig«, wie soziale ExpertInnen es nennen. Die Ex-PartnerInnnen überziehen sich mit gegenseitigen Vorwürfen und Beschuldigungen, sprechen nur noch über Anwälte miteinander. Sie »vergessen« über ihren »Rosenkrieg«, dass sie immer noch Eltern sind und weiter Verantwortung für ihr Kind tragen. Dieses wird aber hin- und hergezerrt und als Racheobjekt für seelische Verletzungen benutzt. Psychosoziale Spätfolgen für die kindliche Seele sind absehbar: Depressionen, Schulversagen, Suizidgefahr.

Andererseits haben Kinder ein eigenständiges Recht auf beide Elternteile, auch wenn es dem anderen Elternteil nicht passt. So steht es in der UN-Kinderrechtskonvention und so sieht es auch das deutsche Kindschaftsrecht vor. Für die Identitätsfindung – für die menschliche Seelenbildung – ist der Kontakt zu Mutter und Vater unverzichtbar. Das hat die Kindheitsforschung mittlerweile herausgefunden. Doch wie soll das gehen, wenn schwere Anschuldigungen im Raum schweben oder gar wirkliche Gefahr droht? »Begleiteter Umgang« – oder kurz »BU« – soll Eltern-Kind-Kontakte in einem besonderen Schutzraum ermöglichen. In Anwesenheit von qualifizierten »Umgangsbegleitern«, die auch bestimmte Regeln mit den Eltern vereinbaren. Der Schutz dient dem Kind und ist eher weniger gedacht als die Verwirklichung des Elternrechts.

30.000 Fachkräfte, so schätzt Friedhelm Güthoff, sind mittlerweile bundesweit als Umgangsbegleiter tätig. Der Geschäftsführer des Deutschen Kinderschutzbundes Landesverband NRW und Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft begleiteter Umgang e. V., verweist auf Finanzierungsprobleme. Die Jugendämter, die die Kosten tragen müssen, sind oft uninformiert, die Kommunen sind hoch verschuldet. Umgangsbegleitung wird oft gar nicht oder zu spät angeordnet. Nämlich dann, wenn die Trennungsstreitigkeiten schon eskaliert sind. Sein etwas provokanter Vorschlag: »Kinder sollten schon in der Schule lernen, wie sie sich später als Erwachsene fair trennen«. Vielleicht ist das etwas zu viel verlangt von einem Schulsystem, das nach dem PISA-Schock den Schwerpunkt auf knallhartes Faktenwissen legt.

Kinder haben ein eigenständiges Recht auf beide Elternteile, auch wenn es dem anderen Elternteil nicht passt.

Knallhart ist jedenfalls der Job des Umgangsbegleiters, wenn man eine Kindesentführung verhindern muss. So berichtete Susanne Prinz, Pädagogin, Umgangsbegleiterin von einem dramatischen Vorfall: Ein Wagen mit laufendem Motor parkte vor der Beratungsstelle, in der sie tätig war. Der Vater, den sie begleitete, wollte seine Kinder offensichtlich dort hineinzerren. »Ich schrie die Männer an, die wie angewurzelt stehen blieben. Zum Glück war meine Kollegin auch da und konnte die Kinder in Sicherheit bringen.« Susanne Prinz wusste aber auch zu berichten, dass der Vater sich später einsichtig und kooperativ zeigte und dann einen »Freien Umgang« mit seinen Kindern zugesprochen bekam. Dass die Sache gut ausging, hat sie ihrem sensiblen Instinkt zu verdanken. Vielleicht hat sie dem Vater eine Grenze aufgezeigt, die er noch nicht kannte. Nicht immer gibt es ein Happy End, jede Familiengeschichte ist anders. Und doch es gibt Hoffnung: 54 Prozent aller Eltern bestätigen die positiven Effekte des begleiteten Umgangs, so sagt eine Studie.

Damit der BU diese Nachhaltigkeit entwickeln kann, müsse er mehr sein als nur ein zur Verfügung gestelltes Zimmer auf neutralem Boden, so die Experten. Schließlich sollen die Eltern in einer Art Lernprozess – Stichwort »Elterntraining« – begreifen, dass sie trotz Trennung immer noch eine Verantwortungsgemeinschaft sind. BU brauche klare Qualitätsstandards, darin sind sich alle einig. Diese sind schon 2008 vom Staatsinstitut für Frühpädagogik in München entwickelt worden. Aber aus Kostengründen werden sie nicht umfangreich bekannt gemacht. Das sei ein Skandal. Oder vielleicht nur ein Teil eines Skandals, den Hans-Jürgen Schimke, Jurist und Kinderschützer, sieht: »Das Recht auf kindgerechte Lebensbedingungen und freie Persönlichkeitsentfaltung von Kindern gehört ins Grundgesetz. Doch das wird als Beschränkung des Elternrechts betrachtet und verhindert«.

Kinderschutz kostet viel Geld. Schlechter oder kein Kinderschutz kostet aber noch viel mehr. So richtig spannend aber wird es, wenn im nächsten Jahr das neue Bundeskinderschutzgesetz verabschiedet wird. Das Stichwort der Zukunft heißt: »Kooperativer Kinderschutz«. Zunächst aber wünschen sich die Veranstalter, dass Jugendamts-Mitarbeiter und Familienrichter sich darüber informieren, was heute schon möglich ist.

Weitere Infos unter www.begleiteter-umgang.de

Immer noch Anlaufprobleme ...

Seit den verregneten Sommerferien sind acht Wochen ins Land gezogen. »Gefühlte Zeit: acht Jahre!« seufzt eine Kollegin. Mittlerweile funktioniert unsere Pausenklingel wieder, und viele Schüler sind erleichtert, dass der Physikunterricht nicht mehr 65 Minuten dauert. Im Lehrerzimmer hängt ein riesiger Wandkalender. Dort streicht Kollege Baumgart mit seligem Lächeln die Tage bis zu seiner Pensionierung ab. Jeden 10. Tag leert er eine Kaffeetasse mit Prosecco und singt: »Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!« Daraufhin hat eine junge Frau ihr Referendariat geschmissen. So einen Beruf will sie nicht, in dem man sehnsüchtig auf die Ferien oder die Pensionierung wartet. Auch der Chemie-Quereinsteiger ist schnell wieder verschwunden. Angeblich schiebt er lieber Schichtdienst in einem Call-Center, als Diskussionen mit Zehntklässlern über den Bildungswert der anorganischen Chemie zu führen.

Die Pausenklingel funktioniert zwar, dafür lässt sich der Feueralarm nicht auslösen. Als auf der Toilette jemand am Handtuchhalter zündelt, muss der Hausmeister von Raum zu Raum hecheln und alle einzeln rausscheuchen. Das ist schwierig, weil die Sensationslust weitaus größer als die Angst vor Gefahr ist. Nach massiven Elternprotesten (Lehrerproteste interessieren in der Regel keine Sau) stellt der Schulträger eine Überprüfung und eventuelle Reparatur in Aussicht. Als Provisorium werden in allen Lehrerstützpunkten mobile Alarmanlagen deponiert: Dosen mit Pressluft und Hupe. Kollegin Püschel hat die Einführungsveranstaltung versäumt und drückt neugierig auf den Auslöser. Die Schüler auf der Etage verstehen das durchdringende Geheul sofort als Zeichen zum Aufbruch. Kollegin Püschel lässt sich krankschreiben: Gehörtrauma.

Am Anfang des Schuljahres war ich entzückt, dass in meiner 10. Klasse nur 24 Schülerinnen und Schüler auf meine Fachkenntnisse warten. Doch dann kamen täglich Neuzugänge von allerlei anderen Etablissements, bis die Klasse brechend voll war und ich weinend die Mittelstufenleitung um Erbarmen bat. Vergeblich. Jetzt fehlten immer noch Stühle und Lehrbücher, bis ich im Baumarkt zwei Klappstühle besorgt hatte. Morgens stehe ich 20 Minuten eher auf, um rechtzeitig den Kopierer zu erreichen. Aber die Kolleginnen, die gleich in der Schule übernachten, stehen schon Schlange. Die Renovierung der Musikräume konnte leider in den Sommerferien nicht abgeschlossen werden. Rumänische Fachkräfte durchbrechen immer noch Wände, der Steinway-Flügel steht verstaubt im Flur. Ich halte mobilen Musikunterricht ab. Manchmal gehen mir Schüler aus dem Weg oder halten sogar die Tür auf, wenn ich mit Gettobluster, Gitarre und Rucksack meinen Unterrichtsraum suche.

Mittlerweile gehe ich davon aus, dass sich mein Stundenplan nicht mehr wöchentlich ändert. Die zehn Springstunden empfinde ich als Erleichterung, kann ich doch endlich mal mit anderen in Ruhe Erfahrungen austauschen. Zum Beispiel mit dem pensionierten Kollegen, ohne den wir aufgeschmissen wären. Er deckt den gesamten Physikunterricht der Mittelstufe ab. Einmal in der Woche kommt Irmi vorbei, die nach 40 Jahren Schuldienst heiter und gelöst wirkt. Sie macht gerade ihren Flugschein. Irmi bringt uns ihre alten Bücher, Filme, Arbeitsblätter und Schul-T-Shirts vorbei, die wir anschließend dezent entsorgen.

Der neue Schulleiter hat einen Evaluationsbeauftragten berufen, einen Homepage-Think-Tank und einen Boxer, der die Arbeitsgemeinschaft »Faire Fäuste« leitet. Außerdem hat er in der Teeküche aufgeräumt und uns vorwurfsvoll auf das Haltbarkeitsdatum der alten Obstsäfte und Milchtüten hingewiesen. Er will in den ersten Wochen alle mal »anhospitieren«, aber er muss noch so viele Einstellungsgespräche führen, dass er es bisher nur zu der schüchternen Französischlehrerin geschafft hat. Das aber dann gleich dreimal. Sie sieht auch wirklich reizend aus.

Den Mathekollegen hat der neue Schulleiter den täglichen »Kreis des Vertrauens« verordnet. Der hat ihn bei der Frauen-WM beeindruckt. Vielleicht gibt es jetzt gezieltere Mathe-Flanken und geistige Elfmeter.

Die jüngeren Kollegen haben sich in einem Lehrerzimmer im 3. Stock verschanzt und knobeln aus, wer welche Funktionsstelle übernimmt. Schließlich gehen in den nächsten zwei Jahren diverse Studiendirektoren, Seminar- und Fachbereichsleiter aufs Altenteil. Die Karrierechancen im Schuldienst sind derzeit gut. Der dumpfe Brüter aus Geschichte, den vier erfahrene Kolleginnen durchs Examen hoben, ist mittlerweile kommissarischer Schulrat!

Gabriele Frydrych

Wer bitte ist hier bildungsfern?

Warum das Offensichtliche zugleich das Falsche ist

FOTO: KATHARINA ROSSBOTH

von Erich Ribolits, Bildungswissenschaftler

Wer heute schwerwiegende Mängel in den Grundkompetenzen des Lesens, Schreibens, Rechnens sowie der Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien hat, gehört zu den programmierten Verlierern des Arbeitsmarktes. Denn zum einen haben die technologischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte den Großteil jener Tätigkeiten zum Verschwinden gebracht, bei denen derartig gehandicapte Personen früher problemlos eingesetzt werden konnten, zum anderen haben die erreichten Produktivitätsfortschritte den Bedarf an menschlicher Arbeitskraft generell verringert. Das dadurch bedingte Überangebot an Arbeitskräften erlaubt Arbeitgebern heute auch schon, bei der Besetzung anspruchsloser beruflicher Positionen wählerisch zu sein. Die Grenzqualifikation für das Ergattern eines Erwerbsarbeitsplatzes steigt auf diese Weise sukzessive an – zunehmend rückt schon der »bloße« Pflichtschulabschluss in die Nähe des Analphabetentums.

Arbeitslosigkeit bei gering Qualifizierten

Der deutsche Soziologe Ulrich Beck beschrieb dieses Phänomen, das zwischenzeitlich allerdings noch deutlich an Dynamik gewonnen hat, schon vor mehr als 20 Jahren in seinem Buch »Risikogesellschaft«: »Im achtzehnten Jahrhundert war es noch selbstverständlich, ohne Kenntnis des Alphabets seinen Lebensunterhalt verdienen zu können. Im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts wird die Beherrschung des Lesens und Schreibens mehr und mehr zur Einstiegsvoraussetzung in das expandierende industrielle Beschäftigungssystem. Im letzten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts reicht schließlich sogar der Hauptschulabschluss allein immer weniger hin, um arbeitsmarktvermittelt die materielle Existenz zu sichern.«

Auch die Statistik spricht hier eine ganz eindeutige Sprache: Von der nachlassenden Fähigkeit des Kapitalismus zur Vernutzung menschlicher Arbeitskraft sind – logischerweise – an erster Stelle diejenigen betroffen, die am Arbeitsmarkt das relativ geringste Verwertungspotenzial einbringen können. Auf der Strecke bleiben die »Verwertungsgehandicapten« – Behinderte, Alte, zum Teil Frauen und in besonderem Maße Personen, die nicht oder nur gering qualifiziert sind. Zwischen der Höhe des Bildungsabschlusses, den jemand nachweisen kann, und seinem statistisch gegebenen Arbeitslosigkeitsrisiko besteht eine enge Korrelation. So waren in Österreich im September 2007 13,3 Prozent jener Personen arbeitslos, die über maximal einen Pflichtschulabschluss verfügen, was bedeutet, dass sich aus dieser Bevölkerungsgruppe nahezu die Hälfte aller Arbeitslosen rekrutiert. Und selbstverständlich sind innerhalb dieser Risikogruppe jene Personen, die nicht einmal das letzte Pflichtschuljahr positiv abgeschlossen haben, noch um ein Vielfaches mehr gefährdet, arbeitslos zu werden. Trotzdem liegt es auf der Hand, dass diese Menschen bloß »Symptomträger« eines gesamtgesellschaftlichen Problems sind. Gelingt es ihnen, sich von ihrem Verwertungshandicap zu befreien, kann das ihre persönliche Situation zwar verbessern, am allgemein stagnierenden Arbeitskräftebedarf ändert sich dabei jedoch gar nichts – es sind dann bloß andere, die wegen irgendeiner Verwertungseinschränkung vom System der Arbeitskraftvernutzung ausgesondert werden.

Bildungsferne und kultureller Nimbus

In diesem Sinn müssen auch die kolportierten Prozentsätze von – funktionalen – Analphabeten in den Industrieländern interpretiert werden. Sie ergeben sich nicht in Relation zu einem aus dem kulturellen Status quo abgeleiteten Standard, sie spiegeln bloß die relative »Unbrauchbarkeitsrate« des Arbeitskräfteangebots im Verwertungsprozess wider. Mit dem Begriff »Grundbildungsmangel« wird nicht ein kulturelles, sondern ein arbeitsmarktspezifisches Handicap angesprochen. Schwierigkeiten, einen komplexen Text sinnverstehend zu lesen, haben wahrscheinlich wesentlich größere Teile der Bevölkerung als jene, die in der Statistik als funktionale Analphabeten ausgewiesen werden. Dennoch gelten derartig um ihre »kulturellen Teilhabemöglichkeiten« geprellte Menschen noch lange nicht als Analphabeten. Mit diesem Etikett werden sie erst gebrandmarkt, wenn sie den aktuellen Verwertungsbedingungen nicht ausreichend entsprechen. Das heißt letztlich, dass der (Arbeits-)Markt definiert, wer Analphabet ist oder was als (Grund-)Bildungsmangel zählt – und somit auch, was überhaupt als Bildung gilt.

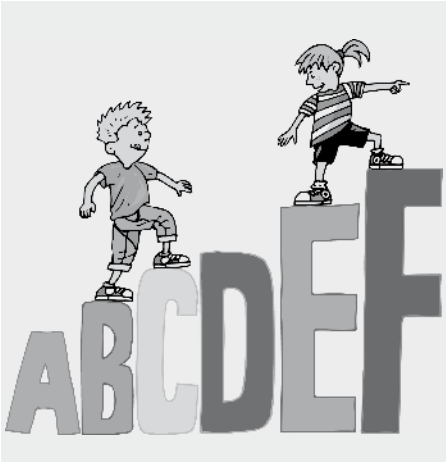
Bei den diversen Schulleistungsvergleichsuntersuchungen schneiden häufig solche Heranwachsende schlecht ab, deren Eltern über keinen oder nur über einen sehr niedrigen Schulabschluss verfügen. In diesem Zusammenhang hat der Begriff »Bildungsferne« in den letzten Jahren verstärkt Eingang in die bildungspolitische Diskussion gefunden:

Da bildungsferne Eltern das in weiterführenden Bildungsgängen vermittelte Wissen sowie die dort für ein erfolgreiches Bestehen notwendigen Einstellungen selbst nicht besitzen, sei es für sie auch nicht möglich, ihren Kindern das für das »höhere« Bildungssystem nötige Wissen und die dort herrschenden Praktiken und Möglichkeiten zu vermitteln, was dazu führt, dass deren Schulleistungen auf niedrigem Niveau stagnieren. Damit wird die Schuld für die Benachteiligung von Kindern aus niedrigen sozialen Schichten klammheimlich auf deren Eltern abgewälzt und von Übervorteilungsmechanismen in der Gesellschaft und im Bildungssystem abgelenkt. Gleichzeitig transportiert der Begriff »Bildungsferne« auch eine aus der Interessenslage sozial Benachteiligter äußerst problematische Sichtweise von Bildung: Bildung wird gleichgesetzt mit dem Erreichen höherer Schulabschlüsse und dem Nachweis der im Rahmen von Schulleistungsvergleichsuntersuchungen getesteten funktionalen Kompetenzen: Als gebildet gilt, wer den – oftmals mit kulturellem Nimbus verbrämten – Brauchbarkeitsvorgaben des Verwertungssystems entspricht.

»Geschichte ist Mumpitz«

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass der Begriff Bildungsferne so neu gar nicht ist. Er wurde schon vor etwa einem Dreivierteljahrhundert im Roman »Schöne neue Welt« von Aldous Huxley verwendet, wenn auch mit einer weitgehend anderen Sinnzuschreibung. Bei Huxley beschränkt sich Bildung auf einen pragmatischen, eindimensional aus den Erfordernissen des Funktionierens innerhalb der gegebenen Gesellschaft abgeleiteten Wissenserwerb. Bildung im Sinne einer bewussten Auseinandersetzung mit Überliefertem (Geschichte, Kultur) wird systematisch unterdrückt. Konsequenterweise lautet einer der Leitsätze der »Weltregierung«. der »Schönen Neuen Welt« auch: »Geschichte ist Mumpitz« – übrigens ein bekannter Ausspruch von Henry Ford, der in Huxleys Roman nicht zufällig als allgemein verehrter godfather fungiert.

Der Begriff Bildungsferne bei Huxley korreliert somit stark mit dem, was Theodor W. Adorno viele Jahre später mit dem Begriff »Halbbildung» umschrieben hat. Diese äußert sich nach Adorno nicht in irgendwelchen gravierenden Wissensmängeln, sondern darin, dass jemand, der möglicherweise sogar sehr viel gelernt hat, sein Wissen – im Gegensatz zu jemandem, auf den die Bezeichnung Bildung zurecht angewandt wird – bloß in verdinglichter, domestizierter Form gebraucht. Es dient ihm nicht da-



für, das »gute Leben« anzustreben, sondern stellt nur ein Überlebensmittel im Rahmen vorgegebener Verhältnisse dar. Indem Wissen bloß strategisch eingesetzt und nicht in Relation zu einem selbst erkannten Sinn gesetzt wird, ist der Mensch diesem ausgeliefert. Als Prozess der Aneignung von Kultur darf sich in Adornos Sinne dann auch Bildung nur solange als solche bezeichnen, als sie den Doppelcharakter von Widerstand und Anpassung aufrechterhält.

Würde man Bildung derart als die Befähigung fassen, sich gegenüber den aus den aktuellen Machtverhältnissen resultierenden Systemzwängen der Gesellschaft behaupten zu können, bekäme auch der Begriff »Bildungsferne« eine völlig andere Konnotation. Denn sich gegen die totalitäre Ausrichtung des Lebens an einer möglichst erfolgreichen Performance in Arbeit und Konsum zu stellen, würde implizieren, die Natur nicht bloß als Ausbeutungsobjekt und Mitmenschen nicht nur als Konkurrenten wahrzunehmen.

Bildungsferne als Massenphänomen

Menschen, die in einem derartigen Sinn gebildet wären, würden es nicht zulassen, dass die Zahl der Ausgesonderten und Überflüssigen in der Gesellschaft immer mehr anwächst und die soziale Kluft zwischen den in beispiellosem Euphemismus zu Gewinnern und Verlierern Schöngeredeten immer größer wird und dabei immer mehr Menschen um jene Lebensmöglichkeiten betrogen werden, die aufgrund des aktuellen Standes der Produktivkraftentwicklung möglich wären. Dann dürften aber auch nicht jene als »bildungsfern« bezeichnet werden, die aufgrund eines niedrigen Schulabschlusses oder unzureichender Grundbildung nur eingeschränkt verwertbar sind. Tatsächlich würde offensichtlich, dass Bildungsferne ein Massenphänomen ist, das einen bestimmenden Faktor der gegenwärtigen Gesellschaftsformation darstellt und von dieser systematisch produziert wird. Wenn Kultur in der oben angedeuteten Form als eine Gestaltung der Welt nach humanen Gesichtspunkten gesehen und der Zusammenhang von Kultur und Bildung im Sinne von zwei Seiten ein- und derselben Medaille ernst genommen wird, dann ist Bildungsferne nämlich nichts anderes als Ausdruck kultureller Verarmung, die sich darin zeigt, dass soziale Ausgrenzung und Inhumanität in einer Gesellschaft stillschweigend hingenommen werden.

Weniger Arbeit für alle

Solche Verhältnisse zu überwinden und Bedingungen zu schaffen, in denen sich Produktivitätsgewinne in Form erweiterter Lebensmöglichkeiten und weniger Arbeit für alle niederschlagen, bedarf es gebildeter Menschen. Solcher nämlich, die ein Bewusstsein über die wirklichen Verhältnisse der Gesellschaft erworben haben und sich – aufgrund ihres unverstellten Konnex zu ihren Lebensbedürfnissen – mit den Surrogaten des Kapitalismus im Tausch für reale Lebendigkeit nicht zufriedengeben. Und dazu bedarf es einer Überwindung der tatsächlichen gesellschaftlich geförderten Bildungsferne, indem – wie es Hartmut von Hentig ausdrückt – Menschen durch »Belebung und authentische Erfahrungen Selbstfindung und Selbstbestimmung gegenüber dem Systemcharakter der Gesellschaft ermöglicht« werden.

Prof. Dr. Erich Ribolits ist Bildungswissenschaftler und Privatdozent an mehreren österreichischen Universitäten, Forschungsschwerpunkt: Verhältnis von Arbeit, Bildung und Gesellschaft. Letzte Buchveröffentlichung: »Bildung ohne Wert. Wider die Humankapitalisierung des Menschen«. Der Artikel erschien zuerst in der Zeitung der hessischen GEW, Nr. 9/10 2011.

ILLUSTRATION: DIETER TONN

Wenn der Jugendoffizier kommt

Bundeswehrwerbung an Schulen und was man dagegen tun kann

von Harald Will, DFG-VK Bayern

Wer Werbung in eigener Sache betreibt, der klopft sich gern selbst auf die Schulter. Das gilt auch für die Bundeswehr: »Jugendoffiziere sind die Experten für Sicherheitspolitik«, verkündet forsch ein Video der Bundeswehr-Medienzentrale. »Offen diskutieren, persönlich mit Lehrern und Schülern ins Gespräch kommen, aktuelle Themen zur Sprache bringen, das ist der Anspruch, an dem sich die Jugendoffiziere messen lassen.«

Die so angepriesenen ExpertInnen geben sich tatsächlich offen und treten sehr verbindlich auf, berichtet Heiko Humburg, Lehrer in Hamburg. Er hat analysiert, wie die Bundeswehr bei Jugendlichen wirbt, und hat dafür zahlreiche Gespräche mit Schülerinnen und Schülern geführt. Die gut geschulten Offiziere, so Humburg, seien »stark darum bemüht, das bei Jugendlichen vorhandene Bild eines Militaristen zu konterkarieren: Mimik, Gestik, äußere Erscheinung und Sprache stehen im Zeichen der Sympathiewerbung, sollen psychologische Barrieren abbauen.« Zu den Aufgaben der Jugendoffiziere (unter ihnen auch zunehmend Frauen) gehört es vor allem, in Schulen zu gehen und dort Vorträge zu halten. Da geht es dann beispielsweise um den Alltag bei der Truppe, die Auslandseinsätze der Bundeswehr oder um »Sicherheitspolitische Herausforderungen des 21. Jahrhunderts«.

Die Abgesandten der Bundeswehr beherrschen ihr Handwerk. Man könne damit rechnen, schreibt Heiko Humburg, »dass der Jugendoffizier sehr souverän und überzeugt auftreten wird und in der Lage ist, mit Zahlen, Daten und Fakten zur Bundeswehr und den Auslandseinsätzen zu beeindrucken.« Genaue Zahlen dazu, wie viele SoldatInnen bei den Auslandseinsätzen getötet oder traumatisiert werden, gehören allerdings nicht zum Vortragsprogramm. »Von sich aus«, sagt Heiko Humburg, »spricht der Jugendoffizier das nicht an«. Nachfragen könne er aber kaum ausweichen und räume dann schon mal ein, »dass es Opfer gibt«.

Neutrale Information in Sachen Sicherheitspolitik darf man von den Jugendoffizieren nicht erwarten. Mit ihren Auftritten in den Schulen versuchen sie vielmehr den Boden dafür zu bereiten, dass die Bundeswehr und militärische Lösungskonzepte für Konflikte bei den Jugendlichen Akzeptanz finden. »Sie vertreten letztlich Krieg und Aufrüstung – also Dinge, die nur im Interesse einer winzigen Minderheit sind«, resümiert Heiko Humburg.

Infiltration mittels Unterrichtsmaterial

Die Bundeswehr will aber nicht nur Jugendliche direkt beeinflussen, sondern auch die Unterrichtsgestaltung von Lehrerinnen und Lehrern. Dazu dient ihr die »Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e. V.«, ein nach außen unabhängig wirkender Verein. Er bietet attraktiv und professionell aufbereitete Unterrichtsmaterialien an, so die für Schülerinnen und Schüler gedachte Broschüre »Frieden und Sicherheit «, sowie ein dazu gehöriges Lehrerheft. Bestellen (oder direkt herunterladen) kann man sich die Materialien beim Internet-Portal www.frieden-und-sicherheit.de. Wer ins Impressum der Broschüren schaut, stellt fest, dass sie mithilfe »fachlicher Beratung« des Bundesverteidigungsministeriums entstanden sind. Zwar wird in den Texten nicht platte Propaganda gemacht. Aber es ist doch deutlich, dass das Verteidigungsministerium den Autoren an vielen Stellen mehr oder weniger sanft die Hand geführt hat.

Da wird etwa behauptet, die SoldatInnen der deutschen Afghanistantruppe trügen »in den nördlichen Regionen vor allem zur Stabilisierung bei«. Sie hätten mitgeholfen, »die Infrastruktur wieder aufzubauen, Polizeikräfte und afghanische Soldaten auszubilden oder Schulen und Krankenhäuser in Betrieb zu nehmen.« Von den blutigen Kämpfen in Afghanistan unter Beteiligung von BundeswehrsoldatInnen ist nicht die Rede.

Kriegsspiele in der Schule

Ein besonderes Kapitel in Sachen Bundeswehr-PR ist das Simulationsspiel »Politik und Internationale Sicherheit«, kurz POL&IS. Es wird für Jugendliche ab der 10. Jahrgangsstufe angeboten und soll »den Teilnehmern aufzeigen, warum ... Staaten Konflikte austragen und warum Sicherheitspolitik unabdingbar ist.« Die Jugendlichen können im Spiel verschiedene Rollen übernehmen: zum Beispiel die des Regierungschefs, des Wirtschaftsministers oder des Staatsministers, der für das Militär zuständig ist.

SpielleiterIn ist der Jugendoffizier, er/sie steuert das Geschehen mit sogenannten Spielbausteinen, die den Beteiligten bestimmte Gestaltungsmöglichkeiten an die Hand geben. Mit einem »Politikbaustein« können die Spiele-

rInnen unter anderem Verträge schließen, Wahlen durchführen und sogar Putschversuche anzetteln. Der »Wirtschaftsbaustein« ist ein Äquivalent für die Versorgung mit Rohstoffen und Nahrung. Der »Militärbaustein« stellt ein umfangreiches Arsenal zur Verfügung: Infanterie- und Panzerarmeen, Luftflotten und Marineeinheiten, ja sogar strategische Raketenverbände und Bombergeschwader, U-Boot-Flottillen und chemische Waffen. Angesichts dieses riesenhaften Militärapparats fragt man sich: Wird bei POL&IS der Krieg quasi im Sandkasten geprobt?

Johann Rambeck, Lehrer an einer Realschule in München, hat praktische Erfahrung mit POL&IS gemacht. Auf Einladung der Bundeswehr nahm er zusammen mit ReferendarInnen und einer Gruppe von jungen Offiziersanwärtern drei Tage lang an dem Planspiel teil. »Die Jungs von der Bundeswehr «, hat Rambeck beobachtet, »wollten es gerne krachen lassen.« Zum Krieg auf dem Spielbrett kam es aber nicht. Die Tatsache, dass aus ReferendarInnen und Offizieren gemischte Teams das Spiel bestritten, verhinderte wohl die Eskalation. Nach Rambecks Einschätzung hängt es sehr stark von den SpielleiterInnen ab, ob es bei POL&IS zu einer »bewaffneten Auseinandersetzung« kommt: »Ich kann mir vorstellen, dass es in diese Richtung geht, wenn man es entsprechend steuert.«

Gegenstrategien entwickeln

Angesichts der Bundeswehroffensive an den Schulen überlegen Lehrkräfte nun eine Gegenstrategie und beginnen, sich zu wehren. Dass man dabei tatsächlich etwas erreichen kann, zeigen zwei Beispiele: In Berlin hat sich das Robert-Blum-Gymnasium zur »Schule ohne Militär« erklärt. Konkret bedeutet das, dass Jugendoffiziere nicht mehr in den Unterricht eingeladen werden. Einen entsprechenden Beschluss fasste auch die Gesamtkonferenz der Lehrerinnen und Lehrer der Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach – auf Initiative von in der GEW organisierten Kolleginnen und Kollegen. Die Schulkonferenz übernahm den Beschluss und erklärte zur Begründung, die Bundeswehr sei keine Verteidigungsarmee mehr, wie vom Grundgesetz vorgesehen: »Sie ist eine Armee im Einsatz und dient den Interessen der Wirtschaft, wie der ›Sicherung der Rohstoff- und Warenströme, der Transportwege‹ und vielem mehr ... Wir wollen nicht, dass unsere Schülerinnen und Schüler für einen Krieg gegen andere Völker rekrutiert werden.«

An vielen Schulen dürften freilich auch in Zukunft Jugendoffiziere auftreten. Wenn das schon nicht zu vermeiden ist, können engagierte PädagogInnen zumindest die Forderung erheben, dass auch jemand aus den Reihen der Friedensbewegung eingeladen wird. Argumente dafür liefert der 1976 vereinbarte »Beutelsbacher Konsens« zur politischen Bildung. Danach ist es verboten, Schülerinnen und Schüler zu überrumpeln, um erwünschte Meinungen zu erreichen. Und: Was in der Gesellschaft umstritten ist, muss auch im Unterricht als kontrovers dargestellt werden. Die Vorträge der Jugendoffiziere können diesem Anspruch nicht genügen, selbst wenn keine plumpe Propaganda für die Truppe betrieben wird.

Lehrerinnen und Lehrer, die der Bundeswehrpräsenz an Schulen kritisch gegenüberstehen, sollten sich auch möglichst Verbündete unter den Eltern suchen. Viele von ihnen sehen die Werbung der Bundeswehr an den Schulen nämlich gar nicht gern.

Und PädagogInnen sollten sich auf jeden Fall über die Bundeswehr und ihre Aktivitäten als »Armee im Einsatz« gründlich informieren, Material dazu gibt es unter diversen Adressen im Internet (siehe Infokasten). So können sie ihre Klassen auch gegen die rhetorisch geschickt vorgetragenen Argumente der Bundeswehroffiziere wappnen. Denn, so hat Heiko Humburg festgestellt: »Was Jugendoffiziere in die Defensive bringen kann, ist fundierte Sachkenntnis.«

Aus: DDS, Zeitschrift der GEW Bayern, September 2011, Kontakt zum Autor: www.h-m-v-bildungswerk.de

WEITERE INFOS UND MATERIALIEN:

- Sonderrubrik auf der Homepage der Bundes-GEW: www.gew.de/bundeswehr.html
- DFG-VK Baden-Württemberg: www.schulfrei-für-die-Bundeswehr.de
- Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der DFG-VK: www.h-m-v-bildungswerk.de
- Informationsstelle Militarisierung (IMI): www.imi-online.de

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

☐ GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

☐ CD-Version

☐ Online-Version

☐ ausgedrucktes Handbuch (+ 7,–)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

Wer bestimmt, wer ich bin?

Neue Angebote in der Ausstellung 7xjung

FOTO: PRIVAT

von Jan Krebs, Gesicht Zeigen!

Eine Turnhalle, ein Musikklub, ein gemütliches Zimmer mit Teppichboden: Die Ausstellung »7xjung – Dein Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt« überrascht. Einen Ort, an dem es um Antisemitismus, Toleranz und die NS-Geschichte geht, stellt man sich anders vor. »Es war mal eine neue Erfahrung. Schön gemacht!«, urteilt ein Schüler. 7xjung bietet Raum für Entdeckungen und Fragen. 7xjung ist ein offener Lernraum, der ungewöhnliche Begegnungen und Gedanken ermöglicht, und ein Ort, an dem spielend gelernt wird: Denn spiel- und theaterpädagogische Methoden gehören zum Standardrepertoire der Pädagogen, die hier jeweils einen ganzen Vormittag lang mit den Schülerinnen und Schülern aktiv sind.

7xjung ist eine künstlerische Ausstellung, die in sieben Themenräumen heutige Lebenswelten von Jugendlichen inszeniert. So schafft die Ausstellung persönliche, emotionale und sinnliche Zugänge zur Auseinandersetzung mit der NS-Zeit. Zugleich stellt sie die Fragen nach Diskriminierung, Ausgrenzung, Antisemitismus – und danach, was jeder dagegen tun kann – ganz gegenwärtig als Fragen, die jeden Menschen angehen. Wer darf entscheiden, wer hat das Sagen, und letztlich: Wer bestimmt, wer ich bin? Das sind Fragen, die Heranwachsende in besonderer Weise beschäftigen.

Die Ausstellung nähert sich diesen Themen auf ungewöhnliche Art. An der Oberfläche geht es um Sport, um Musik, ums Zuhause-Sein oder ums Ausgehen – kurz: um alltägliche Dinge, die jedem vertraut sind. Darunter liegt die Reflexionsebene, die in zahlreichen, höchst unterschiedlichen Exponaten und Entdeckungsstationen zum Ausdruck kommt. Die gegenwartsbezogene Inszenierung hilft, historische Erfahrungen besser zu verstehen und einzuordnen, und umgekehrt kontextualisiert die geschichtliche Dimension die eigenen Erfahrungen heute.

Neue Zugänge

Das funktioniert deswegen besonders gut, weil sich die Jugendlichen im Sportraum wirklich bewegen, im Musikraum wirklich Musik gehört und im Zuhause wirklich auf den Kissen gelümmelt wird. Einerseits macht das Spaß – und andererseits macht es die Workshops in 7xjung nicht nur für Fachkontexte wie Deutsch, Politik oder Geschichte interessant, sondern auch für Lebenskunde, Religion, Musik und Sport!

Vor gut einem Jahr konnte der Verein *Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland* seine Ausstellung erstmals als Pilotprojekt für Schulklassen öffnen. Seither haben etwa 1.800 Jugendliche an intensiven Workshops teilgenommen, sehr viele SchülerInnen und LehrerInnen waren begeistert. Jetzt geht 7xjung mit neuen Angeboten an den Start.

Blitzneu ist zum Beispiel die Veranstaltungsreihe »Meine Freiheit ist auch deine Freiheit«, die sich vor allem an Klassen mit vielen muslimischen Schülerinnen und Schülern richtet. Hier geht es in ganz persönlicher Weise um die großen Spannungen zwischen eigener demokratischer Haltung, erlebter Islamfeindschaft und potenzieller islamistischer Radikalisierung – um Fragen also, die für selbstbewusste Muslime in Deutschland von großer Bedeutung sind. Eine für dieses sensible Themenfeld neu geschaffene Raumausstattung stiftet eine besondere Atmosphäre, die Beteiligung und Intensität fördert. Das pädagogische Team spiegelt in seiner Zusammensetzung die kulturelle Vielfalt von Berliner Jugendgruppen wider. So entstehen neue Zugänge und Auseinandersetzungen. »Es war echt cool! Ihr habt voll gerockt. Und wir würden gerne wiederkommen!« – so und ähnlich haben sich schon viele Jugendliche geäußert. Gehört Ihre Klasse auch bald dazu?

WORKSHOPS

Nach Vereinbarung, in der Regel vierstündige Angebote – rufen Sie uns an!

Infos und Anmeldungen
Tel: 030 – 3030 808-25
Fax: 030 – 3030 808-29
www.7xjung.de, www.gesichtzeigen.de/freiheit
ausstellung@gesichtzeigen.de

Ausstellung 7xjung
S-Bahn-Bögen am S-Bahnhof Bellevue
Flensburger Str. 3 (Bögen 416 – 422)
10557 Berlin-Mitte (S3, S5, S7, S75 Bellevue / U9 Hansaplatz)
Veranstalter: *Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.*

ANZEIGE

GRIPS

Julius und die Geister
Theaterstück von Volker Ludwig für 1.–4. Klasse

für Schulen
14. – 17. November, 10.00 Uhr
5. –8. Dezember, 10.00 Uhr

GRIPS Hansaplatz
Altonaer Straße 22 | 10557 Berlin
U9 Hansaplatz

für Familien
3. Dezember, 16.00 Uhr

Tel. 030 – 39 74 74 - 0 für Schulen
Tel. 030 – 39 74 74 - 77 für Familien

GRIPS

www.grips-theater.de

Szenenfoto aus dem Stück »Perikizi« von Emine Sevgi Özdamar im Ballhaus Naunynstraße: Ein bemerkenswertes Stück in einer vorzüglichen Inszenierung. FOTO: LUTZ KNOSPE

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

»Frau Holle« bei **Atze** hält sich an die Handlung des Märchens; Gold- und Pechmarie sind jedoch nicht mehr die klaren Gegensätze von »gut« (= fleißig) und »böse« (= faul). Marie eins ist eher sorglich-langsam, auch verantwortungsbewusst; Marie 2 quirlig-unstet-verspielt und unbekümmert; aus der »Stief«-wurde eine alleinerziehende Mutter, die sich durchaus als lernfähig erweist. Überdies erfreut die Inszenierung durch musikalische Elemente und viele überraschende und sinnvolle Theatereffekte, die immer wieder zeigen, WIE etwas gemacht wird – also eine vertraute Geschichte mit spannenden Veränderungen und zugleich eine Einführung in Theater (ab 5).

»Ayla. Liebe. Hoffnung.« behandelt knapp und klar Probleme aus der türkisch-deutschen Gegenwart: Liebe zwischen deutschen und türkischen Jugendlichen, traditionelle Moral, persönliche Selbstbestimmung, Doppelmoral, Familienzwang und Zwangsheirat. Bei **Atze** wird die Geschichte, werden die gegensätzlichen Wünsche und Intentionen intensiv und schnörkellos präsentiert; dann wird die Szene zum Publikum hin geöffnet. Der dann folgende offene zweite Teil mit der Einbeziehung des Publikums pendelt freilich noch unentschieden zwischen Diskussion und spielerischer Weiterführung bzw. Untersuchung; das dürfte sich in den nächsten Aufführungen noch klären (ab 13).

»Perikizi« will, gegen den Widerstand der Familie, nach Deutschland und Schauspielerin werden; sie muss allerdings erst ins Wohnheim und zur Arbeit ans Fließband, bricht wiederum aus, landet in der Tingeltangelwelt: grotesk-grausige Erfahrungen werden immer wieder mit Shakespeare konfrontiert, den sie lernt und spielen möchte. Burleske und skurrile, rührende und zarte Szenen wechseln in schneller Folge mit bedrohlichen Konfrontationen; türkische wie deutsche Gegenwart werden präzise und offen seziert: manchmal komisch, manchmal scharf-schneidend. Im Halbrund der Manege kann Perikizi trotzdem immer noch und immer weiter fliegen – ihren Träumen entgegen. Im **Ballhaus Naunynstraße** also wieder ein bemerkenswertes Stück in einer vorzüglichen Inszenierung (ab 16).

»Maß für Maß«, Shakespeares Gestaltung eines »idealen« Herrschers, eine Auseinandersetzung um Gerechtigkeit und Gnade, Strenge und Nachsicht, aber auch um Grenzen der Macht und der Moral überzeugt in der **Schaubühne** durch die hohe Kunst klaren Sprechens, Diskutierens, Argumentierens; schärfste Zuspitzung erfährt die Wertdiskussion zwischen Isabella (die ihre Reinheit bewahren will – heute immerhin noch »Ideal« einer Teilgesellschaft) und ihrem gefangenen Bruder Claudio (der um sein Leben kämpft). Shakespeare führt die Handlung bis nahe an Tragödie und Katastrophe und löst sie schließlich, komödiantisch, mit drei vereinten Hochzeitspaaren. Willkürlich und widersinnig freilich finde ich die beiden Doppelrollen in der Schaubühne: der weise alte Staatsrat Escalus als Kupplerin Overdone nimmt der Gegenwelt des Bordells jede Wirkung; die verkrüppelte Ex-Verlobte passt so gar nicht zum Statthalter Angelo und zu Shakespeares Theaterstil (ab 16). *Hans-Wolfgang Nickel*

FORTBILDUNG

Gewerkschaftliche Bildung

In folgenden Seminaren der GEW Berlin sind noch Plätze frei. Bitte schnell anmelden!

- *Die Übersicht auf dem Schreibtisch behalten* [11-S-2060, 16.11., 9-16.30 Uhr, GEW-Haus, 25/50 Euro
- *Fit für Funktionsstellen* [11-S-2061], 16.11., 17-20 Uhr, GEW-Haus, nur für Mitglieder
- »Mach (k)ein Theater!« – Kulturelle Bildung in der Schule und in der Kita [11-S-2059], 16.11., 9-16.30 Uhr, GEW-Haus, 25 / 50 Euro
- *Offene Aufgabenformate und Lernumgebung im Mathematikunterricht der JGS 1-3* [11-S-2063], 17.11., 16-18.30 Uhr, Reformschule Charlottenburg, Nichtmitglieder 25 Euro
- *Stimme: »Sie haben gut reden!«* [11-S-2068], 22.11., 9-16 Uhr, GEW-Haus, 25 / 100 Euro
- *Schluss mit dem Aufschieben!* [11-S-2069], 23.11., 16.30-20.30 Uhr, GEW-Haus, Nichtmitglieder 25 Euro
- *Die Integrierte Gesamtschule Querum* (Braunschweig) stellt sich vor – Konzept einer reformorientiert arbeitenden Gesamtschule, [11-S-2070], 24.11 2011, 9.00–16.00 Uhr, GEW-Haus, Nichtmitglieder 50 Euro
- *Workshop zur individuellen Karriereplanung für Lehrerinnen – Bewerbungstraining* [11-S-2074], 29.11., 13-18 Uhr, GEW-Haus, nur für Mitglieder
- L*ernwege in Deutsch Kl. 4-6* [11-S-2083], 6.12., 15-18 Uhr, Wilhelm-Hauff-Grundschule
- E*inführung in das GEW-Zeugnisprogramm* [11-S-2085], 7.12., 17-20 Uhr, GEW-Haus
- *Zeit- und Selbstmanagement für junge Lehrkräfte* [11-S-2055], 11.-12.11., GEW-Haus, 50/ermäßigt 15 Euro, NM 150 Euro
- *Islam und Islamismus an Berliner Schulen* [11-S-2092], 14.12., 9.30-16 Uhr, GEW-Haus, Nichtmitglieder 40 Euro

Info und Anmeldungen unter http://www.gew-berlin.de/seminare, E-Mail: info@gew-berlin.de, Tel. 030 / 21 99 93 0, Fax 030 / 21 99 93 50

Geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen an der Schule

Ziel der Fortbildungsreihe ist, ausgehend von den praktischen Erfahrungen im Lehralltag, homogenisierende Sichtweisen auf Jungen zu differenzieren und Lehrkräfte und andere PädagogInnen zu unterstützen geschlechterreflektierende Konzepte und Perspektiven auf Jungen für den zumeist koedukativ gestalteten Schulalltag fruchtbar zu machen. Ergebnisse der Geschlechterforschung werden ebenso diskutiert wie Ziele, Arbeitsweisen und Methoden der praktischen außerschulischen Jungenarbeit, um das Handlungs- und Interventionsrepertoire der Teilnehmenden im Hinblick auf die vielfältigen Situationen von Jungen (nicht nur) in der Schule zu erweitern. Dabei wird das Potenzial geschlechterreflektierter Arbeit mit Jungen u.a. anhand der Prävention rechtsextremer Einstellungen und Hand-

lungsmuster sowie der Berufsorientierung und Lebensplanung vertieft. Geschlechterreflektierte Arbeit ist unabhängig vom Geschlecht der pädagogisch Tätigen möglich und sinnvoll. Daher spricht die Fortbildungsreihe LehrerInnen und PädagogInnen aller Geschlechter an.
Die achttägige Fortbildungsreihe findet statt am 28./29.11.2011/ 16./17.1. 2012/ 13./ 14.2.2012/ 19./20.3.2012. Beginn jeweils 9.30 Uhr. Leitung: Klaus Schwerma, Marko Fürstenow (Dissens e.V., Berlin). Die Fortbildung findet statt im Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM), Ludwigsfelde. Anmeldung über das LISUM: www.lisum.berlin-brandenburg.de, Online-Anmeldung unter »Fortbildung«, Stichwort »Jungen«.

Auf dem Weg zur Inklusion: Stolpersteine und Brücken
Wie kann Freinet-Pädagogik den Weg ebnen und Schule, Eltern und LehrerInnen stärken? Eine bundesweite Freinet-Fortbildungs-Woche vom 12. bis 16. November 2011 in der Bildungsstätte Schloss Gnadenthal, Kleve. Teilnehmerbeitrag von Samstag bis Mittwoch bei Unterbringung im DZ (Vollpension): 250 Euro (Einzelzimmerzuschlag insgesamt 60 bis 75 Euro). Anreise gegen Mehrpreis auch freitags möglich. Nachfragen bei Susanne Lohmann 0 21 51/80 31 01, Susanne.Lohmann@oetoe.de Anmeldungen (bitte schriftlich, auch per Email möglich): Bildungswerk der Humanistischen Union, Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen, Tel.: 0201-22 79 82 Fax: 0201-23 55 05 oder buero@hu-bildungswerk.de

Konferenz über Kinder suchtkranker Eltern
Kinder, deren Eltern suchtkrank sind, findet man in fast jeder Schulklasse oder Kindergartengruppe: Auf mehr als 2,6 Millionen schätzt das Deutsche Institut für Sucht- und Präventionsforschung ihre Zahl. Danach ist jedes sechste Kind im Elternhaus mit einer Suchtproblematik konfrontiert. Studien belegen, dass diese Kinder ein erheblich erhöhtes Risiko für eine eigene Sucht und für psychische und soziale Störungen tragen. Sie haben jedoch gute Chancen auf eine gesunde Entwicklung, wenn sie im Kindergarten oder in der Schule unterstützt werden und sich dort sicher fühlen. »Räume des Vertrauens schaffen«, unter diesem Titel veranstaltet NACOA Deutschland – Interessenvertretung für Kinder aus Suchtfamilien e. V. in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Landesstelle Berlin für Suchtfragen vom 10.-12. Februar 2012 eine Konferenz zum Thema Kinder aus suchtbelasteten Familien. Schirmherrin ist die Schauspielerin Katrin Sass. Als spezieller Gast wird die Leiterin der US-amerikanischen »Student Assistance Services Corporation«, Ellen Morehouse, über Präventionsprogramme für Kinder aus Suchtfamilien berichten, die sie für Schulen im Bundesstaat New York entwickelt hat. Die Veranstaltung findet im open space-Verfahren statt. Alle Teilnehmer/innen können ihre Anliegen auf die Konferenz-Agenda setzen und in selbst organisierten Arbeitsgruppen bearbeiten. Es gibt reichlich Freiraum für Gespräche und Vernetzung. Informationen und Anmeldungsflyer für die Strategiekonferenz sind über die Website www.nacoa.de verfügbar.

Fortbildung »System Erde«
Zum neunten Mal führt das Deutsche GeoForschungsZentrum (GFZ) Potsdam, in Zusammenarbeit mit der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft (DMG) wieder die Lehrerfortbildung »Herbstschule System Erde« durch. Diesmal zum Thema »Leben und Naturgefahren im System Erde«. Die zweitägige Veranstaltung richtet sich insbesondere an Lehrkräfte der Sekundarstufe im naturwissenschaftlichen Unterricht. Die Fortbildung findet statt im GFZ Deutsches GeoForschungsZentrum Potsdam am 14./15. November 2011. Näheres unter: www.gfz-potsdam.de/portal/cms/Schule

Strategien für eine Schule ohne Ausgrenzungen
Die Ergebnisse der Studie zu Erfahrungen von Kindern in Regenbogenfamilien in der Schule liegen vor und werden auf einer internationalen Fachkonferenz am 2. Dezember 2011 in Berlin vorgestellt. Die Studie hat die Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen, die mit Eltern aufwachsen, die sich als lesbisch, schwul, bi-sexuell, trans* oder queer (LGBT*Q) identifizieren, untersucht. Es wurde gefragt, ob und in welcher Weise diese Kinder Diskriminierung erleben und welche Strategien sie im Umgang mit befürchteten oder erlebten Formen von Gewalt entwickelt haben und einsetzen. Gefragt wurde außerdem nach Resilienzfaktoren in ihrem Umfeld – und besonders spannend: welche konkreten Erwartungen und Wünsche die Kinder und Jugendlichen in Bezug auf Peers, LehrerInnen und das System Schule formulieren. Insgesamt wurden 100 Interviews mit Kindern, Jugendlichen und junge Erwachsenen zwischen 8 und 20 Jahren, Eltern und ExpertInnen durchgeführt. Die Studie – gefördert über das EU-Programm Daphne III – wurde von ForscherInnen-Teams in Slowenien, Schweden und Deutschland durchgeführt. Beteiligt waren neben der Humboldt-Universität in Berlin die Universität Lund und die Universität Ljubljana. Die Konferenz richtet sich an LehrerInnen und pädagogische Fachkräfte der Schulsozialarbeit, der sozialpädagogischen Familienhilfe, dem Jugendamt, Forschende und Studierende, Therapeut_innen und PsychologInnen, Eltern und alle, die am Thema interessiert sind. Die Beiträge der Konferenz werden englisch-deutsch gedolmetscht. Veranstaltungsort ist das Konferenzzentrum Centre Mon Bijou, Oranienburger Str.13/14, 10178 Berlin. Der Kostenbeitrag beträgt 20 Euro. Info und Anmeldung über: www.gender.hu-berlin.de/rainbowchildren

AKTIVITÄTEN

Lust auf Kultur?
Die GEW BERLIN ist korporatives Mitglied der »Freien Volksbühne Berlin« (FVB) geworden. Unsere Mitglieder können jetzt die Angebote der FVB nutzen – ohne Jahresgebühr, Kartenmindestabnahme oder sonstige Verpflichtungen. Die FVB bietet ein breit gefächertes Kulturangebot, ihre Mitglieder erhalten die Eintrittskarten um bis zu 40 Prozent billiger, die Karten werden zugeschickt, Vorverkaufsgebühr wird nicht erhoben. Im Rahmen der korporativen Mitgliedschaft der GEW BERLIN können unsere Mitglieder der FVB beitreten, sie erhalten alle

Vorteile der FVB, zahlen dafür aber nicht den normalerweise fälligen Jahresbeitrag. Was die FVB bietet, kann unter www.lustaufkultur.de in Erfahrung gebracht werden. Wie man/frau Mitglied bei der FVB im Rahmen der korporativen Mitgliedschaft der GEW BERLIN wird, steht auf der Internetseite http://www.gew-berlin.de/22615.htm

Auf die Plätze!
Das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden hat die sehenswerte Ausstellung »Auf die Plätze — Sport und Gesellschaft« organisiert, die sich mit aktuellen Trends im Sport beschäftigt und neue Perspektiven der Kulturgeschichte der Bewegung zeigt. Sie ist noch bis zum 26. Februar 2012 in Dresden zu sehen. Mit zahlreichen interaktiven Elementen spricht die Ausstellung Sportinteressierte, Aktive und leidenschaftliche Fans ebenso an wie Museumsbesucherinnen, die den Sport vor allem als Bühne für bestimmte Körper- und Leistungsbilder sehen. Infos: Stiftung Deutsches Hygiene-Museum, Lingnerplatz 1, 01069 Dresden, Tel. 0351/ 4846-124, Internet: www.dhmd.de

Jung sein im Land der Vielfalt
SchülerInnen aus den 46 »Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage« (SOR-SMC) in Berlin, aber auch am Projekt interessierte SchülerInnen können

am neunten landesweiten SOR-SMC-Treffen am 29. November von 9 bis 14 Uhr im Rathaus Schöneberg teilnehmen. In diesem Jahr steht die Veranstaltung unter dem Motto »Jung sein im Land der Vielfalt«. Angeboten werden über 20 kreative Workshops wie Theater, Rap und Tanz zum Mit- und Selbermachen aber auch inhaltliche AG's zu Themen wie Islam und Islamismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Mobbing. Darüber hinaus gibt es Raum, um sich auszutauschen und an Infoständen Angebote der Kooperationspartner von SOR-SMC kennenzulernen. Selbstverständlich sind auch PädagogInnen herzlich eingeladen. Alle Workshops stehen auch interessierten LehrerInnen offen. Weitere Informationen und Anmeldung: Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Landeskoordination Berlin, Ahornstraße 5, 10787 Berlin, E-Mail: schule@aktioncourage.org, Tel.: 0 30 – 21 45 86 15.

Kindercent – Kinder helfen!
Das Projekt Kindercent ist sehr erfolgreich an der Spreewald-Schule in Schöneberg durchgeführt worden. Das Projekt ist ein kostenloses Angebot für Projektwochen und Unterricht von Klasse 1 bis 6. Es unterstützt Lehrpersonen bei der Durchführung mit einem Methodenheft (mit Anregungen, Kopiervorlagen) und orientiert sich an den Vorgaben der Rahmenlehrpläne. Ziele sind Partizipation (aktive Beteiligung von Kindern an gesellschaftlichen Prozessen), Ausbau Sozialkompetenz (Solidarität, Mitgefühl, Empathie), Steigerung Methodenkompetenz (Ansprache, Argumentation, zielorientiertes Handeln) und Sachkompetenz (Umgang mit Geld). Der Ablauf in Kurzform: Die Kinder überlegen, wer Hilfe braucht und wo in ihrer Nähe Hilfe angeboten wird. Sie sammeln kleines Geld (die Cents), um damit Großes zu bewirken. Das Besondere: Die Kinder entscheiden selbst, wem/welchem Projekt sie mit dem kompletten Erlös ihrer Sammelaktion helfen möchten. Das Deutsche Kinderhilfswerk unterstützt sie dabei deutschlandweit mit seinen offiziellen Kindercent-Sammeldosen. In Berlin findet das Projekt in Kooperation mit der Jugend- und Familienstiftung Berlin statt. Weitere Informationen unter www.dkhw.de/kindercent, Anmeldungen unter windeck@dkhw.de bzw. unter 030- 308693-31

MATERIALIEN

»Inklusion als Menschenrecht«
Das Deutsche Institut für Menschrechte und die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« haben ein Online-Handbuch »Inklusion als Menschenrecht« erarbeitet und ins Netz gestellt. Mit diesem Handbuch steht erstmals eine umfassende Sammlung an Informationen, Spielen und Methoden zu den Themen Inklusion, Behinderung und Menschenrechte zur Verfügung. Es richtet sich an PädagogInnen in Kindertagesstätten, Jugendzentren und Schulen sowie an Fach-und Hochschulen. Die Materialien können individuell nach Gruppengröße, Lernkontexten und Bedürfnissen der Lernenden ausgewählt werden. Mit der Website will das Deutsche Institut für Menschenrechte dazu beitragen, die Barrieren in den Köpfen abzubauen und Inklusion als gesellschaftlichen Bildungsauftrag umzusetzen: www.inklusion-als-menschenrecht.de

Polen und Deutschland im Unterricht: Materialien zur Ausstellung
Bis zum 9. Januar 2012 zeigt der Martin-Gropius-Bau »Tür an Tür. Polen – Deutschland. 1000 Jahre Kunst und Geschichte«. Lehrkräfte, die mit ihren Klassen die Ausstellung besuchen, finden Materialien des Cornelsen-Verlages zur Vor- und Nachbereitung unter www.klassenziel-berlin.de zum Herunterladen. Verfügbar sind Unterrichtseinheiten zum deutsch-polnischen Verhältnis sowie zu den Themen »Europa« und »Migration« anhand der Beispiele Deutschland und Polen. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Polen-Institut erscheint außerdem in Kürze der neue Band vom Matthias Kneip und Manfred Mack »Polnische Gesellschaft« mit Materialien für den Unterricht. (Schülerbuch mit CD-ROM, 15,50 Euro)

Gewalt hat viele Gesichter
Gewalt kommt in vielfältigen Ausprägungen vor, häufig trifft sie Kinder und Jugendliche, sowohl Mädchen als auch Jungen. Sie erleben Gewalt zuhause, in der Schule oder im öffentlichen Raum. Lehrkräfte erfahren in ihrem Schulalltag nur einen Ausschnitt der Lebensrealität ihrer SchülerInnen. Dennoch kann Schule einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention leisten. Anregungen dazu will das Praxisheft »Gewalt hat viele Gesichter« vermitteln. Es werden Ausprägungen von Gewalt vorgestellt und aufgezeigt, wie gewalttätigen Handlungen in der Schule, differenziert beurteilt werden können. Ein Fragenkatalog bietet die Möglichkeit zur Reflexion. Die Bedeutung der

ANZEIGEN

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN
Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30
Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen
In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Essstörungen, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK
Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
Fax: 07221/39 39 350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

SUPERVISIONSGRUPPE
FÜR LEHRER/INNEN HAT NOCH FREIE PLÄTZE
INFO: INA KAUFMANN
DIPL.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSV)
TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL: KAUFMANN.INA@WEB.DE

IHRE ANZEIGE in der blz
Tel: 030-21 99 93 46 • Fax: 030-21 99 93 49

INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN
Musiktherapie in der Schul-, Nachschulischen und Freizeitbetreuung und in der Musikpädagogik.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813-50-80

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Angela Krapp, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Fortbildungen 2011
Interkulturelle Kompetenz erleben
Lassen Sie Stimmen anderer zu?
• Interkulturelles Training: Grundlagen und Vertiefung
• Stimmbildung und Gesang für Sprechberufe
• Rede- und Präsentationstraining
Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski M.A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin
Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

SUPERVISION
Karin Müller
Angebote für Führungskräfte im Schulbereich von erfahrener Supervisorin (DGSv)
❶Systemisches Coaching für Einzelpersonen oder Teams
❷Neue Intervisionsgruppen zur Reflexion und zum Austausch für Schulleiter/innen, Stellvertreter/innen, Abteilungsleiter/innen
030/394 809 64 Moabit
perspektivenwechsel@web.de
www.karin-mueller-supervision.de

BurnOut
Lebenskrise
Depression
Ängste
chronische Schmerzen
Essstörung
Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose
NaturaMed Fachklinik
Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig
0 75 24 . 990 - 222
88339 Bad Waldsee
naturamed.de
NaturaMed ...wir bringen Sie wieder in Schwung!

Geschlechtszugehörigkeit bei der Einschätzung des Gewalthandelns wird erläutert. Praktische Ansätze zur Gewaltprävention und Informationsstellen zur Unterstützung bei der pädagogischen Arbeit runden die Broschüre ab. Bezugsquellen: GEW-Shop, Artikel-Nr.: 1431 (www.gew-shop.de, gew-shop@callagift.de), Mindestbestellmenge 10 Stück, Einzelpreis 1,60 Euro, Preise zzgl. Verpackungs- u. Versandkosten. Einzelbestellungen an: broschueren@gew.de.

INTERNET

http://www.arbeitgeber.de Hier findet man mit dem Suchbegriff »8-Punkte-Katalog« die Forderungen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zum Ausbau der frühkindlichen Bildung.

www.amazon-verdi.de/aktion Befristungen, Leistungsdruck und fehlende Tarifbindung sind die größten Arbeitssorgen der Beschäftigten des Versandhändlers Amazon, der außerdem auch noch der Lohndrücker in der Branche ist. Die Gewerkschaft ver.di hat jetzt eine Aktion gestartet, bei der Amazon-Kunden sich bei der Geschäftsleitung über die Arbeitsbedingungen in der Firma beschweren: Kein Wettbewerb auf Kosten der Beschäftigten! Mehr Informationen und ein Musterbrief sind unter der genannten Internetadresse verfügbar.

www.worldmapper.org Eine interessante Geografie-Seite in englischer Sprache. Hier kann man sehen, wie die Welt sich verändert, wenn man die Größe des Landes an verschiedenen Indikatoren ausrichtet.

www.bio-find-ich-kuhl.de Zum zehnten Mal startet der bundesweite Schülerwettbewerb »Bio find ich Kuh-l«. Unter dem Motto »Bio – Im Kreislauf der Natur?« werden SchülerInnen der Klasse 3 bis 10 aufgerufen, wissenswerte und kreative Beiträge zur ökologischen Kreislaufwirtschaft zu gestalten. Einsendeschluss ist der 29. März 2012. Alle weiteren Infos unter der oben genannten Adresse.

SENIORINNEN

22. November: Abschlussfeier mit Rückblick auf das laufende und Ausblick auf das kommende Jahr. Um 10 Uhr in der Begegnungsstätte Am Friedrichshain/Ecke Bötzowstraße.

16. November um 9.30 Uhr Sitzung des Landesseniorenausschusses im GEW-Haus in der Ahornstraße. Nächstes Treffen ist dann der 14. Dezember 2011.

ANZEIGE

IHRE ANZEIGE in der blz
Tel: 030-21 99 93 46 • Fax: 030-21 99 93 49

HARZ JUGENDGÄSTEHAUS
Mit Harz und Seele
direkt am Wald gelegen, 5 Min. zur Altstadt, 125 Plätze, Lehrerfreiplätze, div. Pauschalangebote ab **85 Euro** für 4 Nächte, inkl. Programm und HP.
Veranstaltungs- und Seminarräume für bis zu 200 Personen.
Tel.: 0 55 22 / 55 95, Fax 0 55 22 / 68 69,
E-Mail: jgh.harz@osterode.de,
Info: www.jugendgaestehaus.osterode.de

LockeToursBerlin
Baltische Länder per Rad ab 1280 EUR
Korsika GR20 Wanderung ab 990 EUR
Madeira Wandern 10 Tage ab 1680 EUR
Gomera Wandern & Relaxen ab 1549 EUR
Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!
www.locketours.de
Lefevrestr. 21 Tel. (0 30)) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de

GRENZENLOS REISEN
Busse für jede Gelegenheit
Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers

Grenzenlos Reisen
Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE
von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.
PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pkr-bus@bln.de

Tel. (030) 30 30 83-0
BUSART-TOURS GmbH
Das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de
Württembergallee 2 | 14052 Berlin
Fax (030) 303083-55

Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

REAL-TOURS S.R.L.

Tel. 00 39/05 47/67 27 27
Fax 00 39/05 47/67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico / Italia

www.real-tours.de
24 h online buchen
E- Mail: Info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2012

Busfahrten nach Cesenatico mit Ausflügen ab Euro 218,00 HP
Busfahrten zur Toskana-Küste, zum **Gardasee**, nach **Rom**, nach **Sorrent**, nach **Südtirol**, nach **Spanien**, nach **Griechenland**, nach **Prag**, nach **Paris**, nach **London**, nach **München**.

Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2012.
Weitere Informationen auch bei:
R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,
Telefon 083 22 – 800 222, Telefax 083 22 – 800 223

Neu bei CTS:
VALENCIA – Heimat der Paella
5-tägige Flugreise ab 239 €
CTS Kreuzfahrt- und Studienreisen GmbH
Tel. 05261 2506-8170 | spanien@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

KLASSE REISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-

Oder Österreich ... Holland

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 · 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 · Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com

Katalog unter: 030-303083-6

Ihre Farbanzeige in der *blz*
Zum Beispiel Vierfarbdruck für nur 125,28 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Siehe auch die neue »Preisliste Farbanzeigen«. Tel. 030 - 21 99 93 46 oder blz@gew-berlin.de

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 30 Jahren.

Beamtendarlehen supergünstig
Hypotheken- und Beamtendarlehendiscounter
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.
Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,7%, Lfz. 84 Monate, mtl. Rate 434 € effektiver Jahreszins 5,85%, Bruttobetrag 36.456 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

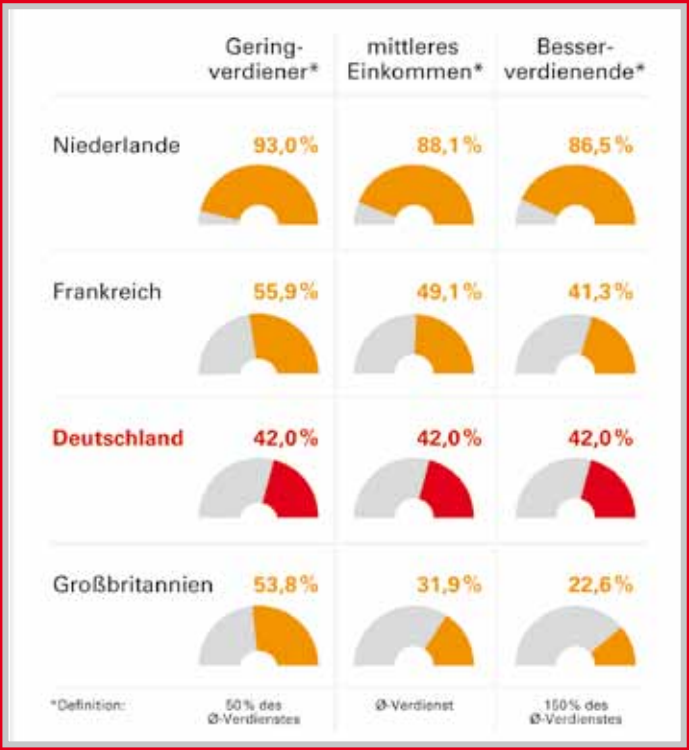
PARK-KLINIK
SOPHIE CHARLOTTE
PRIVATKLINIK FÜR PSYCHIATRIE UND PSYCHOSOMATIK

Heubnerweg 2 a · 14059 Berlin
Telefon (0 30) 36 41 04 – 72 01
Telefax (0 30) 36 41 04 – 72 50
info@klinik-sc.de · www.klinik-sc.de

16. NOV.	9.30 Uhr	**Landesseniorenausschuss**	Raum 300
	15.00 Uhr	**Junge Alte**	Raum 300
	17.00 Uhr	**GEW-Chor**	Raum 300
	17.00 Uhr	**LA Frauenpolitik**	Raum 34
17. NOV.	18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 32
	18.00 Uhr	**Kita-AG**	Raum 33
	18.30 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**	Raum 300
21. NOV.	17.00 Uhr	**FG Sozialpäd. Bildung**	Raum 31
	18.00 Uhr	**FG Sozialpäd. Bildung**	Raum 34
22. NOV.	15.30 Uhr	**AG Bildungsfinanzierung**	Raum 34
	19.00 Uhr	**Abteilung Berufsbildende Schulen**	Raum 33
	19.00 Uhr	**LA Multikulturelle Angelegenheiten**	Raum 34
	19.00 Uhr	**AG Schwule Lehrer**	Raum 47
23. NOV.	17.00 Uhr	**GEW-Chor**	Raum 300
	19.00 Uhr	**FG Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit**	Raum 300
24. NOV.	16.30 Uhr	**AG Jugendliteratur**	Raum 47
	19. 00 Uhr	**AG Ambulante Hilfen**	Raum 300
01. DEZ.	15.00 Uhr	**Junge Alte**	Raum 300
07. DEZ.	16.30 Uhr	**LA Frauenpolitik**	Raum 34
	17.00 Uhr	**GEW-Chor**	Raum 300
08. DEZ.	18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 33

DEUTSCHE RENTEN FALLEN GERING AUS

HANS BÖCKLER STIFTUNG



MAHNWACHE ZUM 73. JAHRESTAG DER POGROMNACHT

Unter Mitwirkung des GEW-Chors (Leitung Gerd Schrecker) und des Chors Kontrapunkte (Leitung Uwe Kany). **Mittwoch, 9. November 2011 von 18.30 bis 19.30 Uhr** an der KZ-Gedenktafel vor dem U-Bahnhof Wittenbergplatz

LESUNG: FÖHN MICH NICHT ZU

Die GEW BERLIN lädt ein zur Lesung mit Stephan Serin und seinem Buch zum Referendariat »Föhn mich nicht zu – Aus den Niederungen deutscher Klassenzimmer«. **Am Mittwoch, 9. November 2011 um 19 Uhr** im GEW-Haus, Ahornstr. 5, 10787 Berlin. Teilnahme nur mit Eintrittskarte! Kostenfreie Eintrittskarten können bis 28. Oktober bestellt werden unter info@gew-berlin.de oder telefonisch: 21 99 93-0

INKLUSIVE SCHULENTWICKLUNG UND PROFESSIONSENTWICKLUNG

Die Fachgruppe Sonderpädagogik lädt ein zu einem Vortrag mit anschließender Diskussion mit Prof. Dr. Vera Moser (Humboldt-Universität zu Berlin, Allgemeine Rehabilitationspädagogik und Pädagogik bei Beeinträchtigung des Lernens). **Am Dienstag, 15. November 2011 um 19 Uhr** im GEW-Haus, Ahornstr. 5, 10787 Berlin.
Inklusion stellt eine Herausforderung für die bildungspolitische Steuerung und für die Schulentwicklung dar. Insbesondere durch das Inkrafttreten der UN-Behindertenkonvention führen aktuelle strukturelle Veränderungen im Bildungsbereich zu gravierenden Veränderungen im sonderpädagogischen Professionsverständnis. Weiterhin berichtet Moser über den Stand ihres Forschungsprojekts »Sonderpädagogische Kompetenzen und Beliefs in inklusiven Settings«.

SICHERUNG DES FACHKRÄFTEANGEBOTS IN BERLIN

Welchen Beitrag können die Oberstufenzentren leisten?
23. November 2011 um 19 Uhr im OSZ Bürowirtschaft und Dienstleistungen, Mandelstr. 6 – 8, 10409 Berlin. Ab 18:15 Uhr findet für Interessenten eine Hausführung statt.